

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

47. Sitzung
24. Februar 2020

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 16.48 Uhr
Vorsitz: Sabine Bangert (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0173](#)
Sanierung und Erweiterung Komische Oper Berlin – Kult
Wettbewerb, Denkmalschutz, Planungsstand,
Aussichten
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0079](#)
Sanierung der Komischen Oper Kult
Planungen, zeitliche Abläufe, Ausweichstandort(e) &
Finanzierungen
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13. Mai 2019

Vorsitzende Sabine Bangert: Als Anzuhörende zu unserem Punkt 2 a) begrüße ich sehr herzlich Frau Moser, die geschäftsführende Direktorin der Komischen Oper, und Herrn Mackenrodt, Vorstandsmitglied der Berliner Architektenkammer. Frau Moser wird begleitet von Herrn Bröking, dem Direktor der Komischen Oper, und Herrn Köckritz – herzlich willkommen Ihnen allen! – Ebenfalls begrüße ich Frau Senatsbaudirektorin Lüscher und Herrn Rauhut, den Berliner Landeskonservator und Direktor des Landesdenkmalamtes. – Ich gehe davon aus, dass wir einen Wortprotokoll anfertigen? – Nicken; dann werden wir das tun. Zudem gehe ich davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass wir die Punkte 2 a) und b) in der Aussprache verbinden, auch wenn wir unsere Anhörung eigentlich streng genommen separat zum Punkt 2 a) durchführen. – Dagegen höre ich auch keinen Widerspruch. Die Begründung des Besprechungsbedarf zu Punkt 2 a) erfolgt durch Herrn Jahnke. – Bitte schön!

Frank Jahnke (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Wir haben heute die Komische Oper in Form ihrer Leitung zu Gast und freuen uns sehr. Es handelt sich hier um ein Haus, das gerade in den letzten Jahren unter der Intendanz von Barrie Kosky, der heute nicht hier ist, eine ganz neue Dimension, eine neue künstlerische Qualität, auch eine neue politische Funktion innerhalb dieser Stadt erreicht hat – es ist einfach ein kulturelles Highlight unserer Stadt geworden, eines der drei Opernhäuser. Das ganze findet allerdings in einem Gebäude von 1892 statt, und da war mal eine neobarocke Fassade davor, die im Krieg wie viele andere Teile des Hauses kaputtgegangen ist. Anfang der Sechzigerjahre hatten wir diese Neufassung; aus den Sechzigerjahren stammt auch das Gebäude Unter den Linden, das mit der Komischen Oper verbunden ist, wo sich oben in Bürotrakten zum Beispiel Sängerinnen und Sänger auf ihre Vorstellungen vorbereiten. Also das ist nicht unbedingt so, wie man sich das Back Office eines Opernhauses vorstellt. Man sieht: Hier ist sicherlich einiges an Verbesserungsbedarf vorhanden. Man kann auch direkt im historisch erhaltenen Saal sehen, dass die Oper der Sanierung dringend bedarf. Die maritime Konstruktion unter der Decke deutet ja nicht auf eine Neuinszenierung des Fliegenden Holländers hin, sondern hat eine andere Funktion.

Kurzum: Es gibt viele Gründe, weshalb man dieses Opernhaus dringend sanieren muss, nachdem wir ein anderes Opernhaus in den letzten zehn Jahren saniert haben. Mit diesem hat es zumindest gemeinsam, dass es nicht so alt ist, wie es draußen von der Fassade her erscheint. Auch die Staatsoper haben wir ja nicht in der Form aus dem 18. Jahrhundert saniert, sondern eben in einer anderen Form.

Hier stellt sich jetzt die Frage: In welcher Form wird eigentlich die Komische Oper saniert? – Es gab einen Wettbewerb, es liegen Ergebnisse vor. Die neobarocke Fassade wiederherzustellen, ist wahrscheinlich nicht Ziel und wurde im Wettbewerb auch nicht vorgegeben. Inwiefern man auch im Inneren Veränderungen vornehmen wird, ist auch eine interessante Frage, die wir hier zu diskutieren haben werden, ebenso die Frage, wie es mit den Ergänzungsbereichen aussieht. Wir haben die gute Hoffnung – da gibt es demnächst auch eine Gerichtsentscheidung –, dass wir das Gelände in Zukunft auch noch weiter ausnutzen können, das heißt, die Komische Oper nicht nur im bisherigen Umriss nutzen können, sondern eben auch noch darüber hinaus, sodass die hier schon erwähnten dringend notwendigen zusätzlichen Möglichkeiten geschaffen werden. Wie wird dieser Prozess gestaltet? – Dies wollen wir natürlich auch mit der Bauverwaltung, mit dem Denkmalschutz diskutieren. Insofern freue ich mich auf die Diskussion.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Jahnke! – Der Besprechungsbedarf für Punkt 2 b) wurde bereits in der Sitzung am 13. Mai 2019 begründet, Sie hätten aber die Mög-

lichkeit, noch mal ergänzend zu begründen. Wollen Sie ergänzend begründen? – Nein. Bevor wir zur Anhörung kommen, hören wir einleitende Stellungnahmen von Herrn Kultursenator Dr. Lederer und von Frau Senatsbaudirektorin Regula Lüscher, und dann steigen wir in die Anhörung ein. – Herr Dr. Lederer, bitte schön!

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Vielen Dank! – Meine Damen und Herren! Es wurde von der Vorsitzenden schon darauf hingewiesen, dass wir im vergangenen Jahr schon mal zu dem Thema hier gesprochen haben. Warum die Koalition es jetzt noch mal auf die Tagesordnung gesetzt hat, ist sicherlich auch – ich spekuliere an dieser Stelle mal – der Tatsache geschuldet, dass es zwischenzeitlich zur Aufhebung eines Wettbewerbs kam und zum Neustart und in diesem Zusammenhang mannigfaltige Erinnerungen an andere Bauprojekte wachgerufen wurden und dann relativ schnell mit Parallelen hantiert wurde. Ich glaube, das dient der Transparenz und der Möglichkeit, offene Fragen hier am Tisch zu klären, um dem insoweit entgegenzuwirken, als auch dieses Bauvorhaben sicherlich nicht frei ist von Fehlern, aber bestimmte systematische Missstände, die durch einen entsprechenden Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses in einem zweibändigen, dicken Abschlussbericht dargelegt wurden, wollen wir hier vermeiden. Ich glaube, wir haben auch entsprechende Vorkehrungen dazu getroffen.

Man kann sagen, dass im Grunde wir als Bedarfsträger, also als Senatsverwaltung für Kultur und Europa, bis zu dem Zeitpunkt für das Verfahren – mit entsprechender Unterstützung aus der Stadtentwicklungsverwaltung – zuständig waren, zu dem das Raumbedarfsprogramm und die entsprechende Anmeldung zur Investitionsplanung erfolgt ist. Vom Zeitpunkt der Wettbewerbserstellung an wandert die Verantwortung dann rüber in die Stadtentwicklungsverwaltung. Das heißt – Frau Lüscher ist ja heute auch hier –, diese Baumaßnahme machen wir nicht, wir können das auch nicht; wir sind nicht diejenigen, die in der Lage sind, die entsprechenden Kompetenzen aufzubringen, die man dazu braucht. Den Hochbau macht eben die Stadtentwicklungsverwaltung, dazu werden wir gleich sicherlich noch das eine oder andere hören.

Klar ist – das hat Herr Jahnke eben schon deutlich gemacht –: Das, was wir heute als Komische Oper kennen, ist ein aus verschiedenen Zeitschichten zusammengewürfeltes Häuserensemble. Es ergibt den großen Saal in der Mitte, es gibt die Funktionsbauten rundherum, und es gibt ergänzend noch das Funktionsgebäude, das Unter den Linden steht. Das alles zusammen macht derzeit die Komische Oper aus. Es ist auch keineswegs übertrieben, es dysfunktional und dringend sanierungsbedürftig zu nennen, wenn Dirigenten und Dirigentinnen an der Leiter aus dem Fenster klettern müssen, um rechtzeitig zur Aufführung auf der Bühne zu stehen, und wenn ein Orchester immer wieder mit den Instrumenten bei Wind und Wetter über den Hof gehen muss, um zur Aufführung zu kommen. Man sieht: Das ist nicht das, was man sich im Jahr 2020 unter einem funktionalen Opernbau vorstellt.

Nun kommt aber tatsächlich auch noch hinzu, dass die bauliche und technische Seite im Haus in einem Zustand ist, dass wir im Grunde schon 2016 die Situation hatten, dass der Entzug der Spielerlaubnis drohte. Das heißt also gleichbedeutend, wenn du keine Ersatzstandorte hast: Wir hätten die Oper dichtmachen können, und zwar nicht nur das Gebäude, sondern auch noch gleich den Opernbetrieb. – Dass wir das kulturpolitisch alle nicht wollen, ist wohl klar.

Wir haben 2017, 2018 zusammen mit der Stadtentwicklungsverwaltung insgesamt 5 Millionen Euro Sofortmaßnahmen in dem Gebäude verbaut mit dem Ziel, die Verlängerung der

Spielerlaubnis zu sichern. Das ist jetzt bis 2023 der Fall. Wir sind parallel dazu – hat uns auch als Hausleitung in der Kulturverwaltung lange beschäftigt – mit den Vorbereitungen, bis es zum Wettbewerbsverfahren kommen konnte, intensiv befasst gewesen. Es ist schon klar, dass durch die bauliche Situation, wie sie jetzt existiert, es nicht nur einfach um eine Sanierung geht, sondern auch um ein funktionales Neudenken des Gesamtbereichs. „Funktional neu denken“ heißt: Neue Probenbühnen, Teile der Verwaltung und Technikzentralen können auch in der Glinkastraße mit untergebracht werden, und wir können durch den Neubau erstmals zeitgemäße Probenbedingungen hinbekommen, etwa durch zwei szenische Probensäle – einer davon soll in der Abmessung der Hauptbühne sein –, durch einen entsprechenden Orchester- und Chorprobensaal. Wir wollen dann durch die Auslagerung der Probensäle, die jetzt noch im Altbau befindlich sind, die Möglichkeit schaffen, eine funktionale Situation zu schaffen, die es ermöglicht, die Kulissen neben der Bühne in voller Höhe vormontieren zu können.

Das Gebäude steht unter Denkmalschutz – ja. Das bedeutet, denkmalschützerische Aspekte sind zu behandeln. Dazu werden wir gleich etwas hören.

Es gibt einen Rechtsstreit um ein Grundstück. Auch das stimmt, ja. Es ist ein großes Entgegenkommen der Finanzverwaltung – denn normalerweise geht das so ohne Weiteres nicht –, dass wir nach deren Einschätzung der rechtlichen Situation um das Grundstück trotz alledem mit den Planungsprozessen anfangen konnten. Wir erwarten jetzt das zweitinstanzliche Urteil. Ich gehe davon aus, dass dann der Rechtsweg dann erst mal erschöpft ist – eine Nichtzulassungsbeschwerde kann immer noch eingereicht werden –, dass es nicht bis zum BGH in die dritte Instanz geht. Wenn nicht, wird es auch Verständigungen geben, das geht ja gar nicht anders. Aber die Rechtslage ist so, dass wir schon davon ausgehen, dass das ein Grundstück ist, über das das Land Berlin wird verfügen können.

Wir werden dieses Grundstück auch brauchen, wenn wir diese funktionale Neuordnung vornehmen müssen. Insofern ist es sehr günstig, dass wir trotz alledem schon mit den Planungsprozessen beginnen konnten, denn Sie kennen ja selbst die Abfolge, wenn man das sauber machen will. Die Forderung aus den Reihen der Abgeordneten – erst mal alle Planungsprozesse, dann anfangen zu bauen – unterstreiche ich dreimal, denn eins kann man sicher sagen: Immer dann, wenn genau diese Prozesse nicht eingehalten worden sind, immer dann, wenn in letzter Minute noch dieses oder jenes Neues gefordert worden ist und Umplanungen vorgenommen worden sind, sind die Kosten in der Regel komplett aus dem Ruder gelaufen. Und das wollen wir hier nicht. Wir planen, und wenn geplant ist, kann mit dem Bau begonnen werden.

In dem Zusammenhang muss ich auch noch etwas zu der Zahl sagen, denn wir alle kennen den Baukostensteigerungsindex und dergleichen mehr, wir wissen aber vor allem eins: Die derzeit im Raum stehende Zahl ist keine sonderlich belastbare Zahl, sondern sie wird nach Indizes entlang des Raumbedarfsprogramms entwickelt. Das heißt natürlich nicht, dass wir jetzt nicht versuchen, so kostengünstig wie möglich zu arbeiten. Das bedeutet aber auch, dass wir im weiteren Verlauf der Planungsprozesse größere Klarheit darüber bekommen werden, was bei den einzelnen Komponenten und Veränderungen, die da jetzt vorgesehen sind, tatsächlich an Kosten auf uns zukommt. Alle Beteiligten im Rahmen dieses Verfahrens sind sich einig, dass wir nicht nach dem Motto agieren: Das hätten wir alles gerne noch. – Das war auch in der Vergangenheit schon nicht so. Auch die Komische Oper wird Lieder davon singen können, was sie im Rahmen des Raumbedarfsprogramms gerne noch alles gehabt hätte, wo wir als Bedarfsträger gesagt haben: Nein, das findet nicht statt, denn wir wollen eine techni-

sche Neusortierung, und wir wollen eine Sanierung des Gebäudes, aber wir wollen kein komplett neues Operngebäude mit allen denkbaren Feinheiten und Finessen. Das können und wollen wir uns hier in Berlin nicht leisten. Wir wollen, dass die Komische Oper als Gebäude im Stand der Dinge wieder vernünftig betrieben werden kann.

Dann gibt es noch die zeitlichen Abläufe. Derzeit ist der Plan so, dass jetzt nach Abschluss des Planungswettbewerbs die Vorplanungs- und Bauplanungsunterlagen erstellt werden, Sommer, Herbst 2023 soll Baubeginn sein. Das bedeutet auch, dass im Sommer 2023 die Spielzeit der Komischen Oper in der Behrenstraße endet und der Umzug ins Schillertheater erfolgt – dazu, inwieweit und wie umfangreich im Schillertheater gespielt wird, wird nachher Frau Moser etwas sagen – und dass im Herbst 2023 dann die Bauvorbereitungen mit vertieften Bauuntersuchungen und Bauteilöffnungen beginnen können und 2024 erst der Bau beginnt. Warum? – Das Gebäude ist uralt, und man weiß nicht, was sich da zum Teil hinter den Wänden verbirgt. Es ist notwendig, durchaus noch mal vertieft zu untersuchen, welche Überraschungen möglicherweise in dem Gebäude schlummern, bevor man dann anfängt, die Umbaumaßnahmen vorzunehmen. – So weit einleitend von mir.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Lederer! – Dann haben Sie das Wort, Frau Lüscher. – Bitte schön!

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank auch für die Vorrede, die schon einiges zusammengefasst hat! Die Komische Oper ist eine besondere Bauaufgabe, und natürlich ist sie in gewissen Teilen mit der Sanierung der Staatsoper vergleichbar, aber eben nur in gewissen Teilen. Ich finde es wichtig, dass wir uns hier und heute mal etwas detaillierter angucken, in welchen Teilen das vergleichbar ist und in welchen Teilen nicht.

Vergleichbar ist die Komische Oper insofern, als auch die Komische Oper ganz unterschiedliche Zeitschichten in sich trägt, angefangen 1891 mit Ronacher, dann in den Dreißigerjahren Grenander, dann hat bis vor dem Krieg Baumgarten noch Ergänzungen gemacht – es gibt immer Bauphasen, Ergänzungen, zum Teil Abbrüche –, und dann natürlich 1945 die Zerstörung. Auch die Komische Oper wurde wie die Staatsoper zerstört, sie wurde wieder aufgebaut, und sie wurde – aber vielleicht im Gegensatz zur Staatsoper – dann in den Sechzigerjahren unter dem berühmten Intendanten Felsenstein ganz neu konzipiert, nämlich nicht mehr als Oper, die in einen städtebaulichen Kontext eingebaut ist, sondern als Solitärbau. Das kann man heute an der Glinkastraße sehen, und der Denkmalpfleger wird dazu noch viel mehr sagen können. Stilistisch ist es nach außen ein Bau, der geradezu minimalistisch ist. Wir haben also innen diesen neubarocken Innenraum und außen diese ganz andere Anmutung.

Selbstverständlich wurden wir in Vorbereitung des Bedarfsprogrammes – das ist Teil der Erarbeitung des Bedarfsprogrammes – durch den Bedarfsträger gebeten, weil wir eben die Bau fachleute sind, einen Denkmalpflegeplan in Auftrag zu geben, und der liegt auch vor.

In jüngerer Zeit hat die Komische Oper auch schon wieder einiges hinter sich: 1999 wurde eine erste Zielplanung gemacht, und auch das ist ein wenig mit der Staatsoper vergleichbar, dass man schon lange, lange Zielplanungen macht, dann Mittel einstellt, dann sieht, dass diese Mittel für die Bedarfe, den Sanierungsbedarf einfach nicht ausreichen, und man dann Einsparungen macht. 2012 hat man eine neue Machbarkeitsstudie gemacht, 2016 wurde wieder ein

Bedarfsprogramm erarbeitet – und immer so mit dem Kampf: Kriegen wir das finanziell irgendwie hin, und können wir den Nutzungsanforderungen der Oper auch gerecht werden?

In diesen Zeiten haben wir – der Nutzer, die Nutzerin, der Bedarfsträger und wir als Bauverwaltung – uns auch gut kennengelernt und haben alle verstanden, dass diese Sanierung, dieser Neubau eine Herausforderung ist, die wir nur gemeinsam wuppen. Das bedeutet eben auch, dass wir da – im Gegensatz zur Staatsoper – erstens einen Nutzer, eine Nutzerin haben, die auch mal Bescheidenheit walten lassen kann und sagen kann: Okay, wir haben verstanden, dass das einfach nicht geht, weil die Bausubstanz es nicht hergibt –, und zweitens einen Bedarfsträger, eine Kulturverwaltung, die sich intensivst darum kümmert, dieses Projekt von ihrer Seite kulturpolitisch zu steuern und eben die kulturpolitischen Fragen – die Fragen, was für den Betrieb dieses Hauses wirklich nötig ist – kritisch zu prüfen. Der Nutzer kann nicht „Wünsch dir was“ machen, sondern der Bedarfsträger ist da dann mal dazwischen und sagt: Das und das ist notwendig, und da muss man auch mal verzichten. – Das ist die Aufgabe des Bedarfsträgers, und unsere Aufgabe ist es, zu sagen: Wie sind diese Wünsche technisch umsetzbar? Sind Sie umsetzbar? – Das ist aus meiner Sicht jetzt aus der Vergangenheit, während der langen Erarbeitung des Bedarfsprogrammes, der große Unterschied, also dass da eben gesteuert wird.

Der Umbau der Komischen Oper ist insofern nicht mit der Staatsoper vergleichbar, weil gewisse Sanierungsziele einfach nicht vorhanden sind, die bei der Staatsoper riesige Herausforderungen waren. Einerseits muss die Akustik nicht verbessert werden, das heißt, der Innenraum muss nicht vergrößert werden. Das ist ganz entscheidend. Dadurch muss man in bestehende Tragstrukturen viel weniger stark eingreifen, wenn überhaupt. Das Bühnenvolumen muss nicht vergrößert werden, nur der Bühnenturm wird erhöht, aber nicht im Grundriss, in der grundrisslichen Ausdehnung, und es werden keine zusätzlichen unterirdischen Verbindungsbauwerke erstellt – auch das ein ganz entscheidender Unterschied zwischen diesen Bauvorhaben.

Vergleichbar ist: Wir haben den Denkmalschutz, wir haben eine zum Teil unbekannte Bausubstanz, wir haben eine Bühnentechnik mit dem Stand irgendwie aus den Sechzigerjahren – ich glaube, 1967; die muss sicher erneuert werden. Wir müssen die technischen Anlagen modernisieren, wir müssen Funktionszusammenhänge optimieren, wie es der Kultursenator bereits ausgeführt hat. Wir wollen natürlich auch energetisch und kosteneffizient werden – besser, als wir es jetzt sind. Wir bauen 38 000 Quadratmeter Bruttogeschossflächen um – insgesamt –, und von diesen Bruttogeschossflächen werden rund 15 000 Quadratmeter im Neubau untergebracht werden. Das Bühnenhaus erhält also kaum strukturelle Veränderungen, im Gegensatz zur Staatsoper. Auch das Foyer und der Windfang werden nach der Fassung von Nierade wiederhergestellt, also der Sechzigerjahre-Fassung. Im Zuschauersaal wird die Haustechnik saniert, Oberflächen werden aufgefrischt, zum Teil auch ergänzt, wo es nötig ist, natürlich denkmalpflegerisch. Die Lüftungstechnik muss erneuert werden, teils die WC-Räume, die Behindertengerechtigkeit muss eingeführt werden, brandschutztechnisch müssen wir das Ganze neu ausrüsten, die Dachkonstruktion etc.

Das passiert im Altbau, also mit wenigen Eingriffen in die tiefe Substanz. Im Bühnenhinterhaus gibt es natürlich Erneuerungen, auch in Bezug auf die Deckenlasten – die müssen ertüchtigt werden, weil die neue Bühnentechnik sicher schwerer sein wird, das ist klar. Die Montagehalle kann im Grunde genommen entkernt werden, und die Probebühnen, die heute dort drin sind, kommen dann in den Neubau an der Glinkastraße. Dort ist eigentlich der stärkste Eingriff, aber das ist auch der Teil, der im Innern nicht mehr denkmalgeschützt wird oder nicht so hohe Bedeutung hat.

Diese Untersuchungen wurden, wie gesagt, im Rahmen der Bedarfsprogrammerarbeitung gemacht. Interessant ist auch, dass die städtebaulichen Rahmenbedingungen natürlich auch anders sind; wir sind einerseits im historischen Stadtzentrum, das ist klar. Wir sind an der Straße Unter den Linden, aber nicht direkt an der Straße selber. Aber für uns gilt für den vorderen Bereich unmittelbar zu der Straße Unter den Linden, an der Glinkastraße die „Lindensatzung“ in Bezug auf die Höhenverhältnisse. Also dort kann man nur 25 Meter hoch bauen. Entlang der Glinkastraße haben wir uns auf eine Höhenentwicklung von, wenn ich mich recht erinnere, 28 Metern verständigt. Das ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Denkmalpflege wünscht, dass der Solitärbau zur Ecke Behrenstraße vielleicht etwas zurückrückt, und es ist durchaus auch gewünscht ist, dass sich dieser Neubau in der Höhenentwicklung vom Bestandsgebäude abheben kann. Also diese Rahmenbedingungen sind geklärt.

Wir haben keinen B-Plan; § 34 BauGB gilt und natürlich die Abstandsfläche 0,4 aus der Bauordnung. Auf diese Rahmenbedingungen haben wir uns im Vorfeld, vor dem Wettbewerb verständigt, und auch das ist ein ganz großer Unterschied zur Staatsoper: Es gibt kein sichtbares Dilemma in der Ausschreibung. Bei der Staatsoper wurde nämlich einerseits gefordert, dass die Akustik und die Sichtlinien verbessert werden sollten, und gleichzeitig sollte der Saal denkmalpflegerisch erhalten werden. Das ist natürlich nicht möglich, wenn man ganz ehrlich ist. Das haben wir dieses Mal auch auf politischer Ebene bis zum Ende ausdiskutiert, damit solche Dilemmata nicht im Programm sind und sich keine Widersprüche zwischen den großen Planungszielen und den denkmalpflegerischen Fragen finden.

Ich als Senatsbaudirektorin und nicht Denkmalpflegerin erhoffe mir von diesem Wettbewerb, dass durch den Neubau und das Bestandsgebäude eine neue architektonische Einheit entsteht, die aber auch eine hohe Präsenz und Prägnanz hat, also ein architektonisch herausragendes Gebäude. Ich habe eine Zeit lang damit gerechnet, dass das Fassadenmaterial nicht geschützt ist oder nicht rekonstruiert werden soll. Das ist jetzt nicht der Fall. Nichtsdestotrotz, glaube ich, gibt es noch genug Spielraum für die Architekten und Architektinnen, ein neues Gesamtes zu erarbeiten, aber es ist keine einfache Aufgabe. Das ist vielleicht auch der Grund, warum wir das Wettbewerbsverfahren so ausgeschrieben haben, wie wir es ausgeschrieben haben. Die Anforderungen an die Planungsbüros sind enorm hoch. Die Planungsbüros müssen im Umgang mit denkmalgeschützter Bausubstanz Erfahrung haben, sowohl in Bezug auf Restaurierung und Sanierung im Bestand als auch in Bezug auf Umbaumaßnahmen, die abgestimmt werden müssen, die denkmalverträglich sein müssen. Gleichzeitig müssen sie aber auch die Fähigkeit haben, eine neue prägnante Schicht an diesem Bestand heran zu entwerfen, sodass ein überzeugendes Ganzes entsteht und trotzdem die unterschiedlichen Schichten dieses Hauses, die nicht nur baukulturell, sondern, denke ich, auch kulturpolitisch ganz wichtig sind – dazu wird Frau Moser sicher noch etwas sagen –, sichtbar bleiben. Diese Bauaufgabe ist zu bewältigen.

Das ist der Grund, warum wir das Wettbewerbsverfahren dann doch nach langen Diskussionen und Abwägungen als nichtoffenen Realisierungswettbewerb ausgeschrieben und auch zusammen in Absprache mit dem Bedarfsträger und der Oper auf 15 namhafte, international tätige Büros gesetzt haben – weil wir einfach wollten, dass diese Teams mitmachen, dass auch erfahrene, hochkarätige Teams neben anderen Teams mitmachen. Das war immer auch eine Gratwanderung, weil die Komische Oper und wir uns sehr gewünscht haben, dass eben auch die andere Seite – das Innovative, das Experimentelle, das Neue, das auch die Komische Oper als Kulturinstitution ausmacht –, dabei ist, dass also auch jüngere Büros teilnehmen können.

Und das war der Grund, warum wir versucht haben, die Wettbewerbshürden, quasi die Beteiligungsaspekte, so niedrig wie möglich, aber nicht zu niedrig zu formulieren. Also wir haben gesagt, diejenigen Büros, die da teilnehmen sollen und dürfen, müssen in irgendeiner Weise Referenzprojekte vorweisen. Es müssen Referenzprojekte sein, die vergleichbar sind – wir haben nicht gesagt, dass es Opernhäuser sein müssen, um das nicht zu fest einzuengen –, und sie müssen in den letzten zehn Jahren erstellt worden sein und das mit Baukosten von 10 Millionen Euro. Angesichts des Bauvolumens, das wir hier umsetzen, ist das, würde ich sagen, eine nicht zu hohe Hürde. Die Teams sollten dann auch Bauvorhaben, die vergleichbar sind, angeben. Die mussten aber nicht alle gebaut worden sein, sondern es reichte schon, wenn sie bis zu einer gewissen Leistungsphase erarbeitet worden sind. Und so weiter und so fort! Wir haben uns also bemüht, den Spagat hinzubekommen, dass sich sowohl renommierte, namhafte als auch andere Büros an dieser Bauaufgabe beteiligen.

Bekanntlich wurde dieses erste Verfahren zu unserem großen Bedauern eingestellt. Ein nicht berücksichtigter Bewerber hat Rüge eingelegt, und dieser Rüge hat die Vergabekammer mit Beschluss vom 12. November 2019 recht gegeben, ihr Folge geleistet und die Rückversetzung des Wettbewerbsverfahrens angeordnet. Wenn man sich die Begründung des Gerichtes durchliest, gibt es da Aspekte, die für uns neu waren. Da gibt es Aspekte, die wir bis anhin so gehandhabt haben und die bis jetzt nicht gerügt wurden. Also eine sehr strenge Beurteilung einerseits – so sage ich jetzt mal –, andererseits würde ich aber lügen, wenn ich sagen würde, diese Ausschreibung sei von Verwaltungsseite ganz ohne Fehl und Tadel durchgeführt worden. Das ist nicht schön, aber das muss an dieser Stelle vielleicht auch ehrlich gesagt werden.

Wir haben uns dann natürlich sofort nach dieser Bekanntgabe mit den Juristen und Juristinnen, aber auch mit unseren Partnern zusammengesetzt und haben überlegt, was wir jetzt für ein neues Verfahren aufgleisen, denn wir mussten ja ein neues Verfahren aufgleisen, auf die Wege bringen. Wir waren uns dann sehr schnell einig, dass dieses Verfahren so sein sollte, dass wir nach wie vor die Gewissheit haben können, dass diejenigen Teams, die schon wesentlich Arbeit in dieses Verfahren gesteckt haben – das war ja wenige Tage, bevor die Abgabe war, die Projekte waren eigentlich fertig; das muss man sich so vorstellen –, auf jeden Fall die Möglichkeit haben, sich wieder zu beteiligen. Das war uns sehr wichtig. Das Zweite, was uns wichtig war, war natürlich, ein Verfahren zu machen, das möglichst wenig Angriffsflächen für Rügen gibt, und das ist in der Regel ein offenes Verfahren.

Wir haben dann auch dieses offene Verfahren so gewählt, allerdings natürlich mit den bereits erwähnten Eignungskriterien, die ich formuliert habe, sodass die Teams, die sich jetzt an diesem offenen Wettbewerb beteiligen, Minimalanforderungen erfüllen müssen, damit wir als Bauherren – das ist ja unsere Verantwortung auch gegenüber dem Bedarfsträger – sicher sein können, dass die Teams, die sich da bewerben, nachher auch in der Lage sind, dieses hochkom-

plexe Bauvorhaben umzusetzen. Das ist erfolgt, und wir warten jetzt auf die Abgabe, die in Kürze ist. Dann werden wir sehen, was das Verfahren für Projekte bringt.

Wenn Sie noch etwas Geduld haben, möchte ich trotzdem nochmals auf die Frage eingehen: Was haben wir eigentlich aus der Staatsoper gelernt? – Senator Lederer hat das bereits angedeutet. Dass die Sanierungsziele weniger komplex sind, habe ich schon gesagt. Wir werden auch bei diesem Bauvorhaben einen wichtigen Interessenkonflikt haben, den wir schon bei der Staatsoper hatten, nämlich Zeitdruck versus Gründlichkeit der Planung. Da hat auch der Senator schon gesagt: Wir haben aus der Staatsoper gelernt; wir werden auf keinen Fall Teilbauplanungsunterlagen machen. Wir werden die Zeit, die wir durch die Verschiebung des Verfahrens verloren haben, diese vier, fünf Monate natürlich nicht kompensieren können. Das ist nicht möglich, es ist einfach Augenwischerei, wenn man versucht, das zu tun. Das haben wir bei der Staatsoper versucht, und es ist natürlich nicht gelungen.

Wir haben einen zweiten Interessenkonflikt, der darin besteht, dass wir im Grunde genommen immer sehr früh Kostenfeststellungen, also Aussagen zu Kosten machen müssen und das aber gar nicht können. Auch darauf hat der Senator hingewiesen. Es ist nun mal so, dass wir noch nicht einmal einen Entwurf haben. Wir haben jetzt ein Bedarfsprogramm, und in der Phase des Bedarfsprogrammes sind Kostenvoraussagen Vermutungen – ich sage es mal so. Man kann eigentlich erst nach dem Wettbewerbsverfahren, wenn man eine Vorplanungsunterlage – – Bei dieser Baumaßnahme werden wir natürlich eine Vorplanungsunterlage und eine Bauplanungsunterlage machen, also nicht wie bei den Schnellschulbaumaßnahmen, sondern wir werden da zwei Planungsunterlagen machen. Auch da muss einfach wissen: Wenn wir dann bei der Vorplanungsunterlage sind, in der Leistungsphase 2, ist die Kostenschätzung nach DIN 276 noch bei einer Genauigkeitstoleranz von plus/minus 30 Prozent – bei der VPU. So ist das, und das ist einfach zu akzeptieren, dass das so ist.

Ich glaube, es ist nur möglich, ein solches Bauvorhaben in einer erfolgsversprechenden Weise durchzuführen, wenn man eine hohe Kommunikationskultur pflegt. Diese Kommunikationskultur muss zwischen der Oper, dem Nutzer, dem Bedarfsträger, der Kulturverwaltung, der Denkmalpflege – die muss ich in diesem Fall zusätzlich nennen, weil es ein wichtiger Aspekt ist – und der Senatsbauverwaltung bestehen. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir, wenn der Nutzer das Haus verlassen hat und wir vertiefte Bauuntersuchungen machen können, noch mal mit dem Bedarfsträger – und davon gehe ich aus – die Nutzungsziele und die Sanierungsziele, auch die denkmalpflegerischen Ziele vor dem Hintergrund des Zustandes des Hauses schärfen, miteinander besprechen. Das ist auch etwas, das man bei der Sanierung der Staatsoper eigentlich zu wenig gemacht hat, auch das haben wir aus dem Untersuchungsausschuss gelernt.

Der zweite Kommunikationskanal ist natürlich das Parlament – dass auch das Parlament zu jeder Zeit transparent informiert wird, gerade in den Phasen, in denen es darum geht, die kulturpolitischen und baupolitischen Ziele zusammenzuführen und gemeinsam zu besprechen. Darum finde ich diese Sitzung jetzt hier im Kulturausschuss sehr dankenswert, weil wir genau dies jetzt tun können. Wir sind noch in einer frühen Phase, und spätestens, wenn der Wettbewerb entschieden ist, können wir, die Bauverwaltung, wieder darüber berichten, wie stark vielleicht noch Überarbeitungsbedarf ist und wie stark vielleicht auch ein Projekt, das noch nicht zu Ende geplant ist, dem Bedarf noch angepasst werden muss – vielleicht aber auch mal in umgekehrter Weise. Das bedeutet nicht quasi stufenweises Planen in Teilbauplanungsunterlagen, sondern das bedeutet, dass diese Aspekte vor und während der Erstellung der VPU

diskutiert werden müssen. Da bin ich sehr zuversichtlich, weil unsere Partner und Partnerinnen wissen, worauf sie sich einlassen, und dafür bin ich sehr dankbar. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Wir danken Ihnen, Frau Lüscher! – Wir kommen jetzt zu unseren Anzuhörenden. – Frau Moser, wenn Sie beginnen wollen? – Dann Herr Mackenrodt, und im Anschluss wird der Landeskonservator noch etwas zu den denkmalpflegerischen Belangen sagen. Ich hatte es schon angekündigt: Herr Bröking und Herr Köckritz werden dann für Fragen, die in ihren Bereich fallen, zur Verfügung stehen. – Frau Moser, bitte schön!

Susanne Moser (Geschäftsführende Direktorin der Komischen Oper Berlin): Danke schön! Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Vielen Dank für die Einladung! – Lieber Klaus Lederer, liebe Regula Lüscher! Es wurde schon vieles gesagt, und ich bitte Sie um Entschuldigung, falls Sie jetzt manche Aspekte doppelt hören, aber ich denke, es ist wichtig, dass manche Dinge noch mal explizit aus Sicht der Oper gesagt werden. – Sehr geehrte Mitglieder des Kulturausschusses! Liebe Besucherinnen und Besucher! Sehr geehrter Herr Dr. Rauhut! Ich freue mich sehr, dass wir heute hier eingeladen sind. Die Medienberichterstattung über die Sanierung der Komischen Oper hat vielleicht auch Sie etwas beunruhigt. Deshalb bin ich nun ganz froh, dass wir heute nach unserer letzten Anhörung im Mai nochmals hier eingeladen sind.

Der Sanierungsbeginn steht sozusagen vor der Tür, in drei Jahren soll es losgehen – im Juni 2023 wird der Auszug aus unserem Opernhaus erfolgen. Das ist in der Zeitrechnung eines Opernhauses quasi übermorgen. Darf ich Sie an ein paar Einzelheiten erinnern? – 220 000 Besucherinnen und Besucher jährlich, 40 000 Kinder und Jugendliche, etwa 90 Prozent Auslastung! Diese Erfolgswerte sind auch weiterhin stabil geblieben. Zwei Aspekte möchte ich aber noch hinzufügen: Unsere Eigeneinnahmen, derzeit 27 Prozent, haben wir nicht nur durch unsere hervorragenden Ticketeinnahmen erreicht, sondern verdanken wir auch dem internationalen Erfolg unserer „Zauberflöte“ sowie unseren Sponsoren und Partnern. Ich möchte auch noch hervorheben, dass wir ein Opernhaus für alle Menschen sind und keine elitäre Kultureinrichtung. Unser vielfältiges Programm mit Musical und Oper, die mehrsprachige Übersetzungsanlage in der Bestuhlung, unsere Einführungsvorträge vor jeder Vorstellung und unsere Vermittlungsarbeit sind Beispiele dafür, wofür wir stehen. Vielleicht ist das sogar Teil unserer DNA, wie Barrie Kosky meint.

Die Vision eines Opernhauses des 21. Jahrhunderts beinhaltet also nicht nur dringend notwendige Funktionsverbesserungen, sondern auch, diese Idee der Offenheit in alle Richtungen, von der ich vorhin gesprochen habe, zu verfolgen und auch baulich umzusetzen. In solch einem Opernhaus für das 21. Jahrhundert gibt es dann zum Beispiel einen Orchesterprobesaal, der die notwendige Höhe von mindestens zehn Metern hat – nicht wie derzeit nicht mal die Hälfte davon. So wird auch endlich der Lärmschutz für unsere Musikerinnen und Musiker umgesetzt. In solch einem Opernhaus für das 21. Jahrhundert gibt es dann endlich auch Räume für Vermittlungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Derzeit improvisieren wir für jährlich rund 6 000 Kinder und Jugendliche. Jeden Tag finden unsere Workshops an einem anderen Ort statt, je nach Verfügbarkeit manchmal im Foyer, manchmal in Studierzimmern, wo auch immer Platz frei ist. Und wir brauchen Räume für Begegnungen mit unserem Publikum, für das Treffen mit Sponsoren und Partnern, für Gedankenaustausch, Diskussionen und Projektentwicklungen.

Während der Umbauphase, in der Interimszeit werden wir das Schillertheater als Zentrale beziehen, dort auch proben und einige Vorstellungen spielen. Das Schillertheater in seiner

Ausstattung erlaubt es uns jedoch nicht, unser Programm entsprechend unserem Profil anzubieten. Darüber hinaus ist die Besucherkapazität für einige unserer Vorhaben zu gering. Wir werden aber diesen Mangel als Chance sehen und in die Stadt ausschwärmen, um an ungewöhnlichen Orten Musiktheater zu präsentieren. Das heißt für uns: viel zusätzliche Arbeit, aber auch Freude und Überraschendes, das uns erwartet. Wir hoffen, dabei auch neue Zuschauer zu gewinnen und beidseitig neue Erfahrungen zu sammeln – die Komische Oper überall in der Stadt.

Bereits vor 20 Jahren wurde festgestellt, dass die Komische Oper sanierungsbedürftig ist. Natürlich ist seither einiges geschehen: Es wurde pinselsaniert, und wir haben neue Sanitäreinrichtungen für unser Publikum eingebaut. 2005 wurde das Foyer kosmetisch verschönert und 2017 der Brandschutz so weit verbessert, dass wir überhaupt weiterspielen konnten und durften. Dennoch ist es alarmierend, dass die technischen Havarien von Jahr zu Jahr zunehmen und damit stetig Mehrkosten verursachen. Das 70 000 Euro teure Netz an der Decke unseres Zuschauerraums haben Sie vielleicht gesehen. Zum Glück gab es keine Verletzungen durch von der Decke herabfallenden Stuck. Zwischenzeitlich ist unter anderem eine kaputte Chorraumlüftung für mehr als 100 000 Euro hinzugekommen, Rohrbrüche verursachen derzeit jährlich etwa 60 000 Euro Schaden. Im Schnürboden über der Bühne funktionieren einzelne Maschinenzüge – Baujahr 1966 – schon jetzt nur mit erheblichem Wartungsaufwand.

Die gesamte Anlage ist also hoffnungslos überaltert. Es gibt auch keine Ersatzteile mehr. Bei einer Havarie eines Prospektzuges könnte man sich eventuell noch mit einem benachbarten Zug helfen – unmöglich bei der Drehbühne, gleiches Baujahr. Diese darf einfach nicht stecken bleiben, sie ist unerlässlich für fast die Hälfte unseres Repertoires, darunter einnahme-starke Erfolgsproduktionen wie „Anatevka“ oder „My fair Lady“. Fällt also die Drehbühne aus, ist das nicht nur eine weitere technische Havarie, sondern auch ein massiver finanzieller Schaden, und diese Risiken nehmen zu. Wir bitten deshalb nachdrücklich auch um Ihre Einsicht und weitere Unterstützung. Wir brauchen wie vorgesehen einen verbindlichen Baubeginn im Jahr 2023. Nur so können wir sicherstellen, dass die Komische Oper das bleibt, was sie geworden ist, nämlich eines der renommiertesten Opernhäuser in Europa. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Sabine Bangert: Wir danken Ihnen, Frau Moser! – Herr Mackenrodt, Sie haben das Wort! – Herr Mackenrodt hat uns diverse Unterlagen mitgebracht, die Ihnen vorliegen müssten; wir haben sie als Tischvorlagen verteilt.

Michael Mackenrodt (Vorstandsmitglied der Berliner Architektenkammer): Liebe Vorsitzende! Lieber Herr Lederer! Liebe Frau Lüscher! Liebe Kollegen vom Ausschuss! Vielen Dank für die Einladung! Wenn wir gefragt werden, sind wir gerne da und berichten, weil uns Transparenz genau wie Ihnen sehr am Herzen liegt. Ich bin mir nicht sicher, ob alle wissen, was die Architektenkammer eigentlich ist. – Ich bin eines von sieben Vorstandsmitgliedern. Wir sind eine Körperschaft öffentlichen Rechts, normalerweise bezeichnen wir uns als Partner der Politik und Verwaltung. Ich musste die Definition heute nachgucken: „eine mit öffentlichen Aufgaben betraute juristische Person des öffentlichen Rechts“ ist der korrekte Titel. Unsere gesetzlichen Aufgaben sind durch das Architekten- und Baukammergesetz definiert, dort § 9 Abs. 1. Dort kann man unter Punkt 1 nachlesen: Aufgabe ist, „die Baukultur, die Baukunst, das Bauwesen, den Städtebau und die Landschaftspflege zu fördern“. Dann kommen noch einige andere Punkte, und unter Punkt 10 folgt ein Auftrag zur Betreuung von Wettbewerben, beratend mitzuwirken, und zwar unter der Definition: „vor, während und nach“ dem

jeweiligen Verfahren. Der zweite Teil darin ist, dass wir eine Qualitätsprüfungsaufgabe haben; wir haben die Aufgabe, die Verfahren auf die Übereinstimmung mit den Richtlinien für Planungswettbewerbe zu prüfen, und wenn wir das jeweilige Prüfergebnis erlangen – also qualitätssichernd, dass das Verfahren nach den Richtlinien aufgestellt ist –, dann registrieren wir die Verfahren.

Zur Komischen Oper ist viel gesagt worden, und ich glaube jeder weiß: Die Aufgabe ist dringend, die Aufgabe ist bedeutsam, sie ist an einer zentralen Stelle in unserer Stadt. Deswegen haben wir im Februar 2018 die Senatorin angeschrieben und empfohlen, dass man dort einen offenen, zweistufigen Wettbewerb macht und kein reines Verhandlungsverfahren. Der Unterschied – ich weiß nicht, ob Sie das wissen – ist, dass beim Verhandlungsverfahren nur nach Kriterien und Punktetabellen ein Auftragnehmer entschieden wird, von dem man dann hofft, dass er eine gute Oper entwirft. Ein Planungswettbewerb ist vor dieses Verhandlungsverfahren – ein Planungswettbewerb, wo Büros für die konkrete Aufgabe nach einer konkreten Auslobung Lösungsvorschläge, also einen Vorentwurf erstellen und dann mit einer Jury praktisch die beste Planungsprognose ausgesucht wird. Deswegen empfehlen wir als Kammer – weil man damit sehr viel besser sieht und sehr viel genauer zu guter Qualität kommt – immer diese Planungswettbewerbe. Wir sind sehr froh, dass dann auch vor zwei Jahren die Senatoren dieser Empfehlung gefolgt sind, und bis dahin, muss man sagen, ist eigentlich alles in Ordnung und gut gelaufen. Die Probleme liegen dann im weiteren Verlauf der Umsetzung.

Die Bekanntmachung des ersten Verfahrens war am 7. August 2019. Dort hat ganz am Anfang ein Büro beklagt – weil es doch als beschränkter Wettbewerb rausging, das heißt, nur manche durften teilnehmen, plus gesetzte Büros –, dass es eigentlich genauso gut wäre und auch mit drin sein müsste. Wir haben davon nichts erfahren – noch mal: Beratungsauftrag vor, während und nach –, wir sind nicht informiert gewesen, muss ich leider sagen. Wären wir informiert gewesen, hätten wir zu diesem frühen Zeitpunkt gesagt: Passt auf, stoppt das Verfahren, noch ist keine Arbeit investiert, wartet den Vergabekammerentscheid ab, sonst entsteht eventuell ein Schaden!

Wir haben genauso wie die Teilnehmer eigentlich erst zwei Tage vor der Abgabe durch einen Brief erfahren, dass dieses Verfahren zwei Tage vor Planabgabe aufgehoben wurde. Das ist natürlich fatal. Wenn da 50 Büros arbeiten, vielleicht drei bis fünf Mitarbeiter über drei Monate dransitzen, pro Büro vielleicht 2 000 Stunden investiert werden, mal 50, da sprechen wir von 80 000 Arbeitsstunden bei den planenden Büros, die sich da einfach in Luft aufgelöst haben. Das ist natürlich ein immenser Schaden. Wahrscheinlich ist dieser drohende Schaden auch die Ursache dafür gewesen, wie es dann weiter lief, denn wir wurden eigentlich zur neuen Auslobung nicht involviert, wir wurden nicht befragt, wie man damit am besten umgeht.

Im Dezember haben wir dann eine neue Auslobung bekommen, die am 12. Dezember auch neu veröffentlicht wurde, und zwar ohne unsere Registrierung. Das ist sehr ungewöhnlich, normalerweise veröffentlicht man erst, wenn man den Entwurf der Auslobung abgestimmt hat und eine Registrierung vorliegt. Wir haben dann am 10. Januar ein Schreiben herausgegeben, also das ist weg von unserer Arbeitsebene und auch im Vorstand behandelt worden. Das liegt auch vor. Darin äußern wir Bedenken, ob nicht dadurch, dass das erste Verfahren nicht geheilt und geregelt wurde, bevor man das zweite angestoßen hat, noch ein viel größerer Schaden entstehen könnte.

Wir haben dann aber in einem Gespräch entschieden, auch dieses neue Verfahren nachträglich zu registrieren, weil wir eine gewisse Ausweglosigkeit erkannt haben, das erste Verfahren noch zu heilen, und weil wir das Wettbewerbswesen natürlich nicht beschädigen wollen und weil wir als Kammer natürlich nicht so dastehen wollen, als würden wir das Verfahren ausbremsen. Wir haben aber darauf hingewiesen, dass darin weiterhin erhebliches Potenzial für Störungen schwebt, weil das erste Verfahren eben nicht ordentlich mit allen Resultaten und Konsequenzen beendet wurde. Die Schreiben liegen vor. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Ich würde, wenn man über die Problematik spricht, die jetzt eben daliegt, gerne sagen, dass es ausdrücklich nicht in der Politik liegt. Wir sehen die Politik hier, auch mit dieser Veranstaltung, auf einem sehr guten Weg, zu analysieren – Frau Lüscher hat gesagt, die hohe Kommunikationskultur zu pflegen. Da sind wir als Architektenkammer leider nicht in der Aufzählung gewesen, aber vielleicht war das nur ein Versehen.

Tatsächlich ist viel schiefgelaufen, und der Vergabekammerentscheid benennt diese Fehler ganz klar, die kann man auch nicht wegreden; das hat das Gericht so entschieden. Unser Wunsch für zukünftige Verfahren wäre, dass wir unseren Beratungsauftrag tatsächlich ausführen können. Dazu gehört, dass man uns mitnimmt, dass man mit uns spricht, und eventuell passieren dann auch solche Fehler weniger. – Danke schön!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Mackenrodt! – Dann hat das Wort Herr Dr. Rauhut für die denkmalpflegerischen Belange. – Bitte schön!

Dr. Christoph Rauhut (Berliner Landeskonservator): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herzlichen Dank! – Ich möchte beginnen, indem ich betone, dass das aus meiner Sicht ein sehr wohlstrukturiertes Projekt ist. „Wohlstrukturiert“ heißt, wir haben in den letzten anderthalb Jahren viele Abstimmungen gehabt – die habe ich miterlebt –, einerseits auf der Arbeitsebene zwischen den beteiligten Verwaltungen, andererseits habe ich selbst aber auch an vielen Runden teilgenommen, unter anderem mit der Komischen Oper Gespräche geführt, mit beiden beteiligten Verwaltungen, um immer zu verstehen: Was ist wichtig bei diesem Projekt? Was ist notwendig, damit das Projekt gut läuft?

Wohlstrukturiert ist es auch, weil man sich frühzeitig dazu entschieden hat, entsprechende Planungsunterlagen für den Wettbewerb zu schaffen, und dazu gehört der schon von Frau Lüscher genannte Denkmalpflegeplan, der sehr frühzeitig durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen beauftragt wurde und der für uns Denkmalbehörden ein ganz wichtiger Baustein in diesem Prozess ist. Warum? – Es ist ein Dokument, das eben nicht durch die Denkmalbehörden alleine erstellt wird, sondern durch die planende Verwaltung beauftragt wird. In dem Fall ist ein Büro – Hübner und Oehmig, ein sehr renommiertes Büro hier in Berlin – beauftragt worden, diesen Denkmalpflegeplan zu erstellen. Der wird dann mit den Denkmalschutzbehörden auf Bezirksebene und auf Senatsebene abgestimmt und diskutiert und dann Teil der Wettbewerbsunterlagen.

Der Plan enthält relativ weitreichende Untersuchungen, nimmt sich also das Denkmal noch mal genauer vor, schaut sich an: Wie sehen die einzelnen Räume aus? Das ist eine wirklich raumgenaue Bestandsaufnahme, hat dann aber auch eine zweite Ebene, auf der bewertet wird: Was ist wichtig für das Denkmal? Was kennzeichnet das Denkmal? Was sind – ich nenne es mal – denkmalpflegerische Kernbereiche? – Und das wird nicht nur im Wort, sondern auch in Plänen dargestellt. Ich zeige Ihnen Pläne, die schön illustrieren, dass man zwischen unterschiedlichen Bereichen und unterschiedlichen Wertigkeiten unterscheidet und damit auch den Planern etwas an die Hand gibt, mit dem sie wirklich arbeiten können. Die Planer sind ja in diesem Fall dann auch die Architekturbüros, die alle im Rahmen der Wettbewerbsunterlagen auch diesen Denkmalpflegeplan in den Anlagen bekommen haben.

Was sagt der Denkmalpflegeplan im Kern? – Es gibt zwei Bereiche. Das Gebäude ist ein historisches Gebäude, Frau Lüscher hat die Baugeschichte schon kurz angesprochen: 1892 gebaut, damals noch als „Theater Unter den Linden“, dann schnell zum Metropoltheater gewor-

den, und aus dieser Bauphase gibt es heute noch insbesondere den Saal wie auch das Treppenhaus, das wirklich noch prägend ist und diese Zeit im Besonderen dokumentiert. Es gibt eine zweite Bauphase 1963 bis 1966, als unter der Leitung des Architekten Kunz Nierade ein Wiederaufbau – eine Rekonstruktion, hat man damals sogar gesagt – der Komischen Oper Berlin erfolgte.

Spannend finde ich, dass sehr früh, schon 1946, der Entschluss gefasst worden ist, dieses Gebäude wieder in Betrieb zu nehmen, auch sehr schnell erste Maßnahmen gefolgt sind und diese Planung dann eine sehr große Wichtigkeit in der DDR hatte. Man wollte mit der Oper, die zunächst ein hinterer Bereich der Straße Unter den Linden war, in die Öffentlichkeit gehen und das Ganze auch städtebaulich betonen. Man schreibt damals: Die Komische Oper erhält durch den Aufbau des Stadtzentrums in ihrer städtebaulichen Lage eine völlig veränderte Bedeutung. – Diese neue Bedeutung wollte man sicherlich auch durch das Bauen eines Solitärs – das ist der Neubau dann ja gewesen – entsprechend betonen.

Wir haben aus meiner Sicht insofern so etwas wie ein zwiebelartiges Gebäude – also im Innersten einen Kern, um den sich eine weitere Zeitschicht herumgelegt hat. Mit dem Wettbewerb folgt nun eine wahrscheinlich dritte wichtige Bauphase, die sich auf einer weiteren Seite um das Gebäude herumlegt. Da sind wir natürlich sehr gespannt, welche Vorschläge in dem Wettbewerb kommen. Wir haben – das haben Sie auch schon gehört – verschiedene Vorgaben, aber auch Empfehlungen in das Wettbewerbsprogramm formuliert.

Ich würde auf einzelne Punkte gerne kurz eingehen. Wichtig ist aus meiner Sicht einmal natürlich in die städtebauliche Situation. Die Komische Oper Berlin in der Fassung des Wiederaufbaus ist wirklich ein städtebaulich dominantes Gebäude, und wir haben in dem Diskussionsprozess immer nach einer Lösung der Frage gesucht: Wie können wir es einrichten, dass einerseits ein Neubau entsteht, andererseits aber auch diese Fassade zur Behrenstraße erhalten bleibt und damit auch noch ihre städtebauliche Wirkung entfaltet? – Da haben wir zum Beispiel lange darüber diskutiert, welche Höhe der Neubau bekommen kann, haben da aus meiner Sicht auch eine gute Lösung gefunden, die erlaubt, dass ein ausreichend großer Neubau entsteht, der auch nicht in die Tiefe gehen muss – das ist immer wichtig, wenn man die Kosten betrachtet –, und gleichzeitig aber auch das jetzige Gebäude in seiner Wirkung weiter bestehen bleiben kann.

Ein zweiter Punkt, den ich betonen möchte, ist der Innenraum. Wir haben uns auch da natürlich sehr lange damit befasst, wie wir mit dem umgehen. Hier waren die Foyers ein wichtiger Punkt. Frau Lüscher hat das mit dem Begriff des Minimalismus beschrieben. Das ist, glaube ich, das richtige Wort, das ist der Gestaltungswille, der diese Foyers damals mitgetragen hat. Wir haben da für die Wettbewerbsausschreibung auch wieder unsere Vorstellung formuliert, diesen Minimalismus neu in Wert zu setzen. Ich weiß, dass es eine umfangreiche Diskussion über die dann später entstandene Braunfels-Fassung gibt; die ist 2005 entstanden.

Hierzu möchte ich sagen, dass diese Fassung damals ohne Absprache mit den Denkmalschutzbehörden eingebaut wurde, also wirklich als temporärer Einbau erfolgte und insofern also nur eine temporäre Maßnahme ist, die nun wieder zurückgebaut werden soll. Da sind sich alle einig, weil nun ja das ganze Gebäude angefasst wird und man dem ganzen Gebäude eine neue Form, eine neue Handschrift hinzufügen möchte. Insofern wird man sich da auch das Foyer noch mal neu anschauen. Man wird schauen, was die historischen Gestaltungselemente sind, die gewesen sind, die wir vielleicht hinter dem Einbau der Braunfels-Fassung auch noch

finden, die dann aber natürlich auch in eine zeitgemäße Form übertragen werden, was hoffentlich etwas sehr Spannendes, Neues und Altes Verbindendes hat, ähnlich wie das jetzt schon für das Treppenhaus mit dem Foyer der Fall ist. Da ist aus meiner Sicht im Grunde genommen die Blaupause für den Umgang mit dem Gebäude geliefert – die Interaktion zwischen Alt und Neu, die in der Komischen Oper schon vorhanden ist.

Ich persönlich bin sehr gespannt auf die Wettbewerbsergebnisse. Es ist ein sehr anspruchsvoller Wettbewerb, aber ich glaube, auch ein sehr spannender. Es sind hoffentlich ausreichend zahlreiche Wettbewerbsbeiträge dabei, die dann dieses Alt und Neu in einer wirklich ansprechenden Form verbinden. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank an Sie, Herr Dr. Rauhut! – Wir kommen zur Aussprache. Herr Dr. Juhnke hat sich als Erster gemeldet. – Bitte schön!

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich danke allen, die einen längeren Beitrag und Neuigkeiten über die Komische Oper geliefert haben, auch wenn viele der Beiträge hochgradig redundant waren zu dem, was wir schon im Mai letzten Jahres gehört haben. Ich mache Ihnen das gar nicht zum Vorwurf, sondern stelle mir zunehmend die Frage, was wir mit dieser Sitzung heute wirklich erreichen können und warum wir bestimmte Fragen nicht schon im Mai letzten Jahres hätten besprechen können. Ich glaube, da wären wir genauso in der Lage gewesen, das eine oder andere vorzulegen, was Nutzungsprogramm oder kulturpolitische Anforderungen betrifft. Das nur am Rande, aber man hätte vielleicht wirklich mal den großen Wurf machen und sagen sollen: Okay, dann laden wir doch alle, Frau Lüscher und so weiter, dazu ein. – Es sind ja immer wieder Hybriddiskussionen, die wir hier haben, die Stadtentwicklung sind, die aber auch Kultur sind, wo man sagen kann, da dreht man dann mal so ein großes Rad.

Das als Vorrede, und ich versuche jetzt herauszufinden, was wir aus der Sitzung tatsächlich gewinnen können. Wir haben nach wie vor keine Rechtssicherheit. Das war auch ein Thema. Wir haben darüber nachgedacht, wann wir diesen Punkt wieder aufrufen werden, aber im Moment ist ja immer noch nichts entschieden. Am 3. März soll das passieren, dann wissen wir aber immer noch nicht – Auch wenn der Senator eine gewisse Tendenz in der Frage, ob eine weitere Instanz zulässig ist, geäußert hat, wissen wir dann auch das noch nicht. Deswegen würde ich sagen: Im Prinzip haben wir noch gar nicht viele Sicherheiten, über die wir sprechen können.

Frau Lüscher hat – auch wenn Herr Lederer versucht hat, das Wort „Staatsoper“ zu vermeiden – eine richtige Matrix aufgemacht: Was hat die Staatsoper mit der Komischen Oper zu tun? Was hat man da gelernt, und was ist vergleichbar? – Ich würde fragen: Was wissen wir jetzt eigentlich mehr als im vergangenen Jahr, als wir hier gesessen haben? – Das ist zum einen, dass der Wettbewerb geplatzt ist. Das ist sicher ein Thema, das neu ist – und unangenehm neu, muss man dabei auch sagen. Frau Lüscher, Sie haben das alles dargestellt und sich gerechtfertigt, wieso Sie das aufgesetzt haben und so weiter. Das alles will ich gar nicht infrage stellen und gehe auch davon aus, dass Sie daraus Ihre Schlüsse für die Zukunft ziehen. Für uns ist die wesentliche Frage aber eigentlich, was daraus für das Planverfahren folgt. Das ist, glaube ich, die entscheidende neue Überlegung, die wir anstellen müssen, oder das, was mich wirklich umtreibt und was ich gerne beantwortet wissen möchte: Inwiefern kollidiert das mit dem, was Frau Moser noch mal unterstrichen hat, dass dort 2023 der Baubeginn sein muss, weil das ganze Thema sonst hinten runter fällt.

Was wir noch wissen: Die Substanz hat gehalten, acht Monate weiter, das ist auch schon mal gut – es sei denn, es ist irgendein Puttenflügel runtergefallen und die Putzfrau hat es entsorgt, keiner weiß es. Aber in groben Zügen ist das schon mal eine gute Nachricht, eine gute Prognose. Vielleicht schaffen wir es wirklich bis 2023 damit, aber viel mehr können wir im Moment eigentlich gar nicht wissen. Der Zeitdruck steigt, das stellen wir fest. Wie gesagt: Das ist eigentlich die Hauptfrage, die mich umtreibt.

Noch mal die Frage nach dem weiteren Fortgang des Rechtsverfahrens: Man ist vor Gericht, auch wenn man sich seiner Argumentation sicher ist, trotzdem nicht sicher. Was würde dann sein? Es gibt zwar keinen B-Plan, aber gibt es einen Plan B? – Das ist eine Frage. Und bezüglich der zweiten Auslobung des Wettbewerbsverfahrens: Inwiefern können wir uns in die Augen gucken und sagen: Das, was da jetzt gemacht wird, ist sicher? – Das wäre auch noch mal ein spannendes Thema. Denn wenn wir das jetzt nicht auf die Reihe kriegen, hätte das Konsequenzen, die nicht mehr zu handhaben wären, wenn wir schon jetzt von einem halben Jahr Verzug ausgehen müssen. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Juhnke! – Jetzt hat Frau Kittler das Wort. – Bitte schön!

Regina Kittler (LINKE): Vielen Dank an die Anzuhörenden! Mein Dankeschön auch dafür, dass Sie das so ausführlich dargestellt haben und dass Frau Lüscher wirklich in die Tiefe gegangen ist! Es tut mir leid, ich kann Ihnen da nicht recht geben, Herr Juhnke. Für mich zumindest ist gerade der Part von Frau Lüscher nicht der Kenntnisstand vom vorigen Jahr, und wir haben in der Sprecherberatung – da waren Sie dabei, Herr Juhnke – gemeinsam beschlossen, dass wir das Thema „Komische Oper“ weiterbegleiten wollen. Aus diesem Grunde haben wir heute dazu die neue Besprechung, und außerdem haben wir noch die Auswertung der Anhörung vom Mai letzten Jahres vorzunehmen.

Ich glaube auch, dass wir das Angebot, das Frau Lüscher hier gemacht hat, nämlich den Prozess der Sanierung der Komischen Oper auch durch das Haus weiter zu begleiten, annehmen sollten. Wir als Koalition zumindest sehen das als sehr wichtig an, damit uns Fehler, die bei der Staatsoper passiert sind, hier nicht wieder passieren. Insofern was auch sehr wichtig, zu hören, was das Land Berlin aus den Fehlern lernt, die bei der Staatsopernsanierung gemacht wurden.

Was ich noch mal hervorheben möchte, ist das – Frau Moser hat das eingangs auch schon gesagt –, als was sich die Komische Oper versteht, nämlich als ein Opernhaus für alle. Dieses Haus soll ein modernes Haus des 21. Jahrhunderts werden, ich glaube, da sind wir hier alle einer Meinung. Was ich besonders unterstreichen möchte – das weiß jeder, der die Komische Oper besucht, und ich mache das regelmäßig –: Das ist keine elitäre Oper, das ist wirklich eine Oper für alle. Für das, was da auch an Vermittlungsarbeit passiert, möchte ich hier meinen Dank ans Haus aussprechen.

Was die Fragen angeht, die wir an die Anzuhörenden haben, ist schon ganz viel von diesen selbst erklärt worden. Bei mir bleibt nicht viel übrig, was ich zu fragen habe. Da ist aber zum einen natürlich an Frau Lüscher die Frage: Logischerweise sind durch die Neuauflage des Wettbewerbs Probleme entstanden, die Mehrkosten verursachen und mehr Zeit verbrauchen. Die Frage ist: Ist der Baubeginn der Sanierung 2023 zu halten? Wie sehen Sie das heute? Können Sie das schon einschätzen?

In dem Zusammenhang hätte ich auch an Herrn Mackenrodt die Frage: Sie als Architektenkammer waren ja eigentlich durch die SenStadtWohn immer einbezogen, Sie waren Beisitzer, Sie waren Beobachter im Auswahlverfahren, und eigentlich waren Sie als Architektenkammer doch auch Teil des Verfahrens. Insofern frage ich Sie, ob ich Sie richtig verstanden habe: Sie haben jetzt die Eigenverantwortung weggeschoben und zu SenStadtWohn geschoben haben – ist das richtig? Oder sehen Sie hier auch einen Eigenanteil an Verantwortung für die Probleme, die da auch in der Ausschreibung entstanden sind? – Ansonsten würde ich auch Frau Lüscher um eine Bewertung bitten, inwiefern hier die Architektenkammer in der Verantwortung ist. Frau Lüscher hat ja Versäumnisse des eigenen Hauses bereits benannt.

Ansonsten möchte ich Herrn Rauhut die Frage stellen, inwiefern die Fassade komplett ausgetauscht werden muss. Ich habe in dem schönen Heft, das wir bekommen haben, gelesen, dass es im Prinzip auch möglich wäre, einen Teilaustausch vorzunehmen. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Welche Auswirkungen würde das auf die Kosten haben? – Sie haben hier die Interaktion zwischen Alt und Neu hervorgehoben und erwähnt, dass das, was mit der Braunfels-Fassung eingebaut wurde, ja nur als temporäre Einbauten beantragt war. Da ist für mich die Frage: Können Sie heute schon sagen, was davon erhalten bleibt?

Frau Moser, Sie haben jetzt interessanterweise – wie schon im Mai – gesagt, dass das Schillertheater nur ein Ort sein wird, und Sie sagten, Sie wollen die Komische Oper überall in der Stadt haben. Ist das noch ein Geheimnis? – Sie nicken schon. Insofern habe ich die Frage: Wenn Sie überall in der Stadt sein wollen, könnte das auch Gebiete betreffen, die über den S-Bahnring hinausgehen, sozusagen auch an den Stadträndern? Können Sie darüber schon eine Aussage machen? Das würde mich wirklich interessieren. Ansonsten sind die wichtigsten Sachen, auch in Ergänzung zur Anhörung vom vorigen Jahr, hier schon benannt worden, so dass ich mir weitere Fragen schenken kann.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Kittler! – Herr Dr. Neuendorf, bitte!

Dr. Dieter Neuendorf (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mich erst mal für die ausführlichen Informationen im Anschluss an unsere Sitzung am 13. Mai bedanken, aber es sind ja einige Aspekte heute dazu gekommen. Der bauliche und technische Zustand entspricht natürlich schon lange nicht mehr den Standards unserer Tage, das ist klar, und das brauche ich nicht weiter zu betonen. Umso mehr muss man das hohe künstlerische Niveau der Komischen Oper hervorheben. Auch unsere Fraktion hat volles Verständnis dafür, die Komische Oper baulich und technisch ins 21. Jahrhundert zu führen.

Wir haben vorhin gehört, dass der Auszug der Komischen Oper im Juli 2023 ist, aber der eigentliche Baubeginn erst 2024. Ich gehe davon aus, dass gerade in der Phase ab August 2023 an den Putz geklopft wird, um festzustellen, wie die Kabelschächte sind, und wenn man daran denkt, dass ein Teil des Gebäudes noch Rabitzdecken hat, so können sehr leicht Überraschungen auf uns zukommen. Ein anderer Punkt ist der Untergrund in der Mitte Berlins, auch wenn das sicherlich nicht so brisant ist wie bei der Staatsoper. Trotzdem ist das ein Risiko, und wie ich gehört habe, soll es schon Risse hinsichtlich des U-Bahnbaus in der Umgebung geben. Da kommen also noch ganz große Fragen auf uns zu, und wir müssen gespannt sein, wie sich die finanzielle Entwicklung fortgestaltet. Die Frage der Rechtssicherheit wurde angesprochen, das will ich nicht wiederholen.

Meine erste Frage geht an Herrn Rauhut: Es wurde gesagt, die Fassaden des Gebäudes sollen hinsichtlich Material und Fugenbild an die Gestaltung von 1966 herangeführt werden. Nun gab es ja 1995, 1996 eine Fassadeninstandsetzung mit Dämmung. Dabei wurden neue Sandsteinplatten angebracht, das Plattenraster wurde teilweise verändert. Ich meine, dass viele Besucher diese Fassadengestaltung architektonisch durchaus gut finden. Daher stellt sich die Frage, ob die Rekonstruktion einer vorhergehenden Fassade zum einen finanziell vertretbar ist und ob sie andererseits ästhetisch überhaupt sinnvoll ist.

Die nächste Frage geht an Frau Lüscher. Sie haben den Vergleich mit der Staatsoper gebracht. Ist wirklich gesichert, dass wir mit vollständigen und geprüften Planungsunterlagen in das Bauvorhaben gehen? – Dann noch eine Frage zur Freifläche an der Glinkastraße: Da entsteht ja ein neuer Sichtbereich, und wie soll sich dieser einfügen? Sie hatten das Stichwort „Höhe“ genannt. Was hat man sich darunter vorzustellen? In welcher Höhe soll das dann wirklich sein? Werden die Gebäudefronten insbesondere an der Behrenstraße versetzt angeordnet oder in der gleichen Front? Das würde mich interessieren.

An Frau Moser die Frage – obwohl die Antwort schon ein bisschen eingeschränkt wurde –, ob es von Ihrer Seite Wünsche gibt, die in der Zwischenzeit aufgekommen sind? Und ein Punkt hinsichtlich der Akustik ist schon beantwortet wurde, was mich aber noch nicht so ganz überzeugt hat. In der Presse stand das Zitat von Barrie Kosky, dass die Akustik nur minimalinvasiv verändert werden sollte. Nun gibt es Beispiele aus anderen Opernhäusern, wo man hinsichtlich der Akustik, hinsichtlich Nachhall oder dem Anspruch der Besucher nach einem raumfüllenden Erlebnis durchaus kleine Veränderungen gemacht hat. Ich wäre dankbar, wenn Sie zu diesem Punkt auch noch mal Stellung nehmen würden. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Neuendorf! – Frau Billig, bitte!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielen Dank an die Referenten und Referentinnen! Da war eine ganze Menge spannender Informationen dabei. Auch für mich gab es da einige Neuerungen, und ich finde anders als Herr Juhnke einen Plan B hier überhaupt nicht notwendig. Wir haben einen Plan, und ein Plan B wäre eine Veränderung, die wir an dieser Stelle überhaupt nicht brauchen. Auch wenn das Wortspiel mit dem B-Plan immer so nett ist, hier an dieser Stelle brauchen wir es nicht.

Als die Presse uns das Scheitern des ersten Wettbewerbes nahegebracht hat, waren wir natürlich ganz beunruhigt, und natürlich hat sich die Assoziation mit der Staatsoper aufgedrängt, weil das Haus wichtig ist, weil uns die künstlerische Qualität wichtig ist, aber unser Portemonnaie als Parlament ist uns eben auch sehr wichtig. Deswegen fand ich es sehr beruhigend, von dem Senator zu hören, dass wir wirklich erst planen, dann bauen – das war ja der Grundfehler –, und von der Senatsbaudirektorin zu hören, dass wir aus dem, was im Verfahren mit der Staatsoper schiefgegangen ist, insgesamt eine ganze Menge gelernt haben. Wir haben schon einen Denkmalpflegeplan, wir haben schon ein Raumbedarfsprogramm. Es sind also eine Menge Dinge festgelegt, an denen nicht mehr gerüttelt wird. Eine ganze Latte von Fehlern ist einfach schon ausgeschlossen.

Trotzdem habe ich mich gefragt – Frau Moser hat uns erzählt, was alles notwendig ist, um die künstlerische Qualität zu erhalten, um die Arbeit zu ermöglichen –: Sind denn jetzt die ganz wichtigen Dinge, die Sie brauchen, in dem Raumbedarfsprogramm drin, oder gibt es noch Dinge, von denen Sie sagen: Das hätte ich ganz dringend gebraucht, ging aber trotzdem nicht,

und damit komme ich gar nicht klar? – Es wäre natürlich schön, wenn es nicht so ist, aber ich frage das, damit wir nicht im Nachhinein von Informationen überrascht werden, die wir jetzt schon hätten haben wollen.

Es ist auch völlig natürlich, dass wir bei einer VPU die Kostengenauigkeit noch nicht haben, dass da noch eine ganze Menge Spiel drin ist und dass wir diese Kostengenauigkeit erst im Laufe des Prozesses bekommen können. Dazu wüsste ich sehr gerne: Wann gibt es denn eine umfassende Schadenskartierung? Gibt es die überhaupt? Wann soll es sie geben, und ist sie dann tatsächlich so genau, dass wir dadurch hinterher eine deutlich höhere Genauigkeit bekommen können? – Denn das ist, denke ich, in diesem Fall die allergrößte Ungewissheit: das Gebäude an sich, die Probleme, die sich hinter den Paneelen verstecken könnten. Das wurde an einigen Stellen angesprochen, und hier sind möglicherweise genau die Unwägbarkeiten, die die Kosten dann im Zweifelsfall in die Höhe treiben können. Die normale Baukostensteigerung ist nicht das, denke ich, was uns besonders beunruhigt. Das ist etwas, womit wir leben müssen, womit wir auch immer wieder leben, aber die Schäden hinter den Paneelen sind das, was uns die Baukosten möglicherweise um deutlich mehr als 30 Prozent nach oben treiben könnten.

Ich fand auch sehr spannend, was Herr Mackenrodt zu dem Verfahren in dem Wettbewerb erzählt hat. Frau Lüscher hat vorher schon erzählt, warum die Hürden in der Beteiligung sind. Dass die Büros Referenzprojekte in Höhe von 10 Millionen Euro vorweisen müssen, klingt natürlich aus der Ferne und für die Verwaltung völlig logisch. Die Frage für mich ist bloß: Was sagt die Architekten- und Architektinnenkammer dazu? Wie ist Ihre Position aus Sicht der Architektinnen und Architekten dazu? Und wenn Sie gerade schon dabei sind: Könnten Sie noch mal genau die Eckpunkte sagen, wie es zu dem Scheitern des ersten Wettbewerbs kommen konnte? – Dabei geht es mir jetzt nicht darum, irgendetwas aufzurechnen, sondern ich finde es sehr wichtig, dass wir genau wie bei dem Verfahren mit der Staatsoper daraus lernen und beim nächsten Mal solche Dinge vermeiden, sofern sie vermeidbar sind. Es mögen immer Dinge kommen wie die Dinge hinter den Paneelen, die wir eben noch nicht sehen und an denen man nichts machen kann, aber es wäre schön, wenn wir uns in diesem Fall den Untersuchungsausschuss sparen und gleich sagen können: Da und da sind die Dinge, die wir beim nächsten Mal anders machen –, und uns dann das zweite Wettbewerbsverfahren einfach sparen können.

Die Beratung, über die Sie gesprochen haben, ist ja ein Service der Architekten- und Architektinnenkammer, und nach Ihrer Aussage war das nicht so, wie eigentlich Ihr Auftrag ist, und nicht so intensiv und nicht in dem Umfang, wie Sie den Service eigentlich anbieten können. Wie lange dauert so ein Verfahren bei Ihnen eigentlich – der Service, das zu prüfen, das freizugeben? – Denn möglicherweise hat man einfach versucht, da eine gewisse Zeit einzusparen, was sich im Nachhinein nicht als tragkräftig erwiesen hat, aber die Frage ist natürlich: Warum hat das nicht stattgefunden? – Andererseits an die Verwaltung die Frage: Warum hat es nicht stattgefunden, diesen Service in Anspruch zu nehmen? Beziehungsweise woran hat es aus Ihrer Sicht gelegen, dass der erste Wettbewerb gescheitert ist? Wo ist der Haken in der Verwaltung gewesen, dass es einfach nicht geradlinig gelaufen ist?

Und zu guter Letzt: Das Ganze ist mit den vielen unterschiedlichen Schichten des Gebäudes ein wirklich komplexes Verfahren. Als ich hörte, es wird die Schicht der Sechzigerjahre im Foyer wiederhergestellt, kamen bei mir Fragen aus denkmalschutztechnischer Sicht auf. Sie, Herr Rauhut, haben angesprochen, dass es die Interaktion zwischen Alt und Neu gibt, und die ist ja auch wahnsinnig spannend, und wir haben andererseits die Foyergestaltung. Auch wenn die als Zwischenlösung geplant war: Ist das etwas, was eben erst mal funktioniert? Wie haben Sie entschieden, jetzt die Version der Sechzigerjahre wiederherzustellen? Warum gibt es nicht auch an der Stelle eine Verbindung, eine Interaktion zwischen Alt und Neu? Wo ist da der Konflikt mit der Braunfels-Fassung, und was waren Ihre Kriterien für exakt die Sechzigerjahre? – Denn vielleicht wären die Vierziger- oder die Achtzehnhundertneunzigerjahre unter Umständen auch ganz spannend. – Danke schön!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Billig! – Weil es hier gerade ein bisschen unruhig war: Wir halten die Reihenfolge Ihrer Meldungen akribisch schriftlich fest. Wenn Sie sich frühzeitig melden, sind Sie auch weiter vorne auf der Liste. – Frau Meister hat jetzt das Wort.

Sibylle Meister (FDP): Vielen herzlichen Dank! – Ich finde, das war bis jetzt eine sehr interessante Anhörung, und ich finde, dass wir über ein Projekt, das bei 240 Millionen Euro startet, durchaus auch mehr als einmal reden dürfen, zumal ich deutlich das Gefühl habe, dass es nicht bei den 240 Millionen Euro bleiben wird.

Ich fange mit der Architektenkammer und der Frage nach der Beteiligung an. Der erste Brief, den Sie geschrieben haben und der uns dankenswerterweise hier vorliegt, ist aus dem Februar 2018; in ihm bieten Sie der Senatsverwaltung – für Kultur allerdings – Ihre Mithilfe und Unterstützung an. Im Januar 2020 schreiben Sie dann an die Senatsentwicklung für Stadtentwicklung, dass Sie nicht mit einbezogen waren. Vielleicht können Sie uns noch genauer erklären, wo es an der Kommunikation gemangelt hat und wo Sie nicht mit einbezogen waren.

Vielleicht können Sie oder die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mir noch mal erklären, wie es jetzt mit dem Wettbewerb weitergeht. Ich bilde mir ein, irgendwo gelesen zu haben, dass das Preisgericht erst im August 2020 tagt und entscheidet, was mich zu meinem nächsten Fragenblock überleitet, nämlich dem Zeitplan. 2023 ist Schicht im Schacht. Ich meine, mir beim letzten Mal notiert zu haben, dass der Brandschutz sogar nur bis 2022 gilt. Dann hätte es vor einem Jahr schon einmal eine Verlängerung gegeben, die sich irgendwoher gezaubert hat. Vielleicht können Sie mir das auch noch mal kurz erklären. Aber 2023 ist definitiv mit einem Erlöschen der Betriebsgenehmigung zu rechnen. Ich würde mich auch freuen, wenn jemand darauf antwortet, wie lange von der Tagung des Preisgerichtes bis zur Umsetzung und zur Erstellung der Bauplanungsunterlagen gerechnet werden kann. – Das war der Fragenkomplex zu Zeitplan und Architektenkammer.

Ich glaube, bezüglich der Bauplanungsunterlagen gab es überall Einigkeit, dass wir erst mal planen und dann bauen. Ich erlaube mir, am Rande darauf hinzuweisen, dass das mit einer Disziplinierung des Parlaments einhergehen muss. Auch wir können nicht bei jeder Planung sagen: Vielleicht können wir noch dies machen, vielleicht können wir noch das machen und noch jenes. – Jeder hat immer seines; der eine will Solardächer, wir wollen immer WLAN, was man eben so hat. Ich glaube, man muss sich wirklich deutlich darüber im Klaren sein, dass wir – und das habe ich auch immer deutlich gesagt – mit Sicherheit mehr Geld brauchen werden. Das glaube ich sofort, und das wird auch so sein. Aber wenn wir die Komische Oper

sanieren wollen, dann werden wir das Geld in die Hand nehmen müssen. Und es ist völlig unstrittig, dass wir sie sanieren wollen und dass die Komische Oper eine entscheidende Rolle in der Berliner Kulturlandschaft spielt. Da müssen wir uns ein Stück weit ehrlich machen, müssen sagen: Wir werden mehr Geld brauchen. – Aber ich glaube, man muss wirklich irgendwann den Punkt setzen und sagen: Jetzt ist es vorbei mit dem Wunschkonzert, jetzt kann keiner mehr reingrätschen, wer es auch immer sei. – Vom Parlament bis zum weltberühmten Dirigenten, kann keiner mehr sagen: Jetzt hätte ich es aber gerne gerade andersrum.

Zurück zu der Sache, die schon vorliegt. Auch hier habe ich noch eine Frage zum Denkmalschutz. Über dessen Rolle kann man ja endlos diskutieren: Wann, wo, wie, warum? – Das letzte Mal haben wir im Kulturausschuss gelernt, dass er sich bei Kirchen irgendwie aushebeln lässt, da scheint es dann nicht so eng zu sein. Grundsätzlich halte ich einen – ich sage mal – vernünftigen Denkmalschutz durchaus für legitim und richtig, aber – und das ist jetzt meine Frage – meines Wissens lag das Denkmalschutzprogramm bei der ursprünglichen Kostenschätzung noch nicht vor. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass im Sinne der Sechzigerjahre zurückgebaut wird, ist das von den Kosten her sicher überschaubar, aber die Fassadensanierung ist sicher ein größerer Anteil. Kann man schon absehen, um welche Summe es sich voraussichtlich mehr handeln wird, wenn wir davon ausgehen, dass wir in der Fassadensanierung wirklich noch mal alles neu machen? Das müsste sich ja schon mal beziffern lassen.

Dann haben Sie darauf hingewiesen, dass die Glinkastraße jetzt höher gebaut werden darf. – Ich hatte mir notiert, dass es immer den Wunsch der Komischen Oper nach Wohnungen an der Glinkastraße gab und dass das an der Höhe von 22 Metern scheiterte. Wenn es jetzt aber 28 Meter sind, wäre Ihr Wunsch nach Wohnungen für die Künstler dann eventuell umsetzbar? – [Bürgermeister Dr. Klaus Lederer: Das gehört zu den Dingen, die wir rausgestrichen haben, Frau Meister!] – Gut, aber dann wissen wir das auch. Dann ist auch klar, dass man da eben sagen muss: Das funktioniert nicht, das geht nicht.

Meine letzte Frage ist die nach den unbekanntem Bausubstanzen. Ja, natürlich wird das Bauen teurer werden, das ist klar, und natürlich wird es Überraschungen geben. Aber: Wie die Bodenbeschaffung in Berlin-Mitte ist, dürfte mittlerweile keine Überraschung mehr sein. Wenn der Denkmalschutz mir erklärt, dass er das Haus sozusagen zwiebelschalenmäßig schon einmal durchleuchtet hat, wenn ich davon ausgehe, dass jeder mal im Keller war, dass sich jeder Stränge angeguckt hat, dass wir vielleicht über Dach und ähnliche Dinge auch schon Untersuchungen gemacht haben, dann verstehe ich nicht so ganz, warum von 2023 bis 2024 noch mal ein ganzes Jahr vergeht. Natürlich wird es beim Bauen immer irgendwo den Fall geben, dass man feststellt, dass es überhaupt nicht wie geplant läuft. Aber wenn der Denkmalschutz sagt: Ich habe schon genau durchleuchtet, eine raumgenaue Bestandsanalyse gemacht –, dann müssen doch die Risiken der unbekanntem Bausubstanz zumindest in großen Bereichen, in den Bereichen, die wirklich teuer werden – Strangsanierung, Wasser, Schwamm im Dach und so etwas –, schon ersichtlich sein. Mich würde interessieren, wozu dieses Jahr noch mal gebraucht wird. Beziehungsweise: Was kann in ganz schlimmen Fällen noch mal auf einen zukommen, was sind klassische Dinge, die dann passieren können? – Ich meine, ohne dass sie bei der Komischen Oper passieren müssen, das will ich damit nicht herbeireden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Meister! – Herr Buchholz, Sie sind erst mal der letzte auf unserer Redeliste.

Daniel Buchholz (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Jetzt kann ich den Sack zunächst von parlamentarischer Seite ein bisschen zumachen. Viele schlaue Fragen sind schon gestellt worden; ich glaube, wir alle – und da treffen wir uns, da bin ich auch über Herrn Juhnke sehr überrascht gewesen – sehen doch: Es gibt viele neue Fragestellungen, die sich im letzten halben, dreiviertel Jahr neu aufgezeigt haben. Dass die CDU-Fraktion meint, das wäre nicht mal die Anhörung hier wert – so habe ich das am Anfang verstanden –, befremdet mich doch sehr. Ich glaube, das haben auch alle anderen Fraktionen hier aufgezeigt. – [Dr. Robbin Juhnke (CDU): Sie sollten mal das Protokoll lesen!] – Ja, Herr Juhnke wir haben Ihnen zugehört. – Es ist eine Herkulesaufgabe, ein fast 130 Jahre altes Gebäude im Kern zu sanieren und für das nächste Jahrhundert zu ertüchtigen – oder wenigstens für das laufende, das wäre ja schon etwas.

Was das Kulturpolitische angeht, will ich mich ausdrücklich anschließen: Man kann die Bedeutung der Komischen Oper im Kulturleben Berlins gar nicht hoch genug bewerten. Nicht nur, weil ich das Programm spannend finde, was und wie Sie das machen, sondern man sieht es auch an dem, wie die Leute das, was an der Komischen Oper aufgeführt wird, aufnehmen. Deswegen bin ich auch regelmäßig bei Ihnen zu Besuch und bin nicht der Einzige. Ich hoffe sehr, dass wir, die verschiedenen Senatsverwaltungen, das Haus und alle, die darin künstlerisch tätig sind, das alles hinkommen.

Jetzt zu dem Verfahren: Als Parlamentarier und Parlamentarierinnen ist es doch unsere Aufgabe zu schauen: War das, was in der Vergangenheit passiert ist, der richtige Weg, und was müssen wir verbauen und anders machen für das, was jetzt kommt? – Ich bin sehr dankbar, dass die Senatsbaudirektorin hier sehr offene Worte gefunden hat. Wir alle wissen: Bei der Sanierung der Staatsoper sind massive Fehler begangen worden. Das gilt auch für andere Großprojekte, wo tatsächlich erst im Bau Dinge festgelegt wurden wie: Was ist der letzte Bedarf? Wissen wir wirklich, wie die Bausubstanz ist? – Frau Meister, es ist eben so – ich bin auch im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss –: Wenn die großen alten Gebäude angefasst werden, dann haben Sie da oftmals nicht nur künstlerische Überformungen, sondern auch die eine Schicht über der anderen Schicht, und Sie wissen schlichtweg nicht: Was ist wirklich unter der aktuellen Putzschicht? Ist da gehaltvoll gearbeitet worden, oder hat man da schnell etwas zugekleistert? – Das sind Dinge, die sehen Sie erst und die können Sie erst feststellen, wenn Sie da rangehen, wenn Sie den Presslufthammer nehmen und richtig was abschlagen. Das sind die Dinge, vermute ich, die man erst etwas später an der Substanz feststellen kann.

Was das Verfahren angeht: Zur Architektenkammer sind schon diverse Fragen gestellt worden. Den Ablauf habe ich auch noch nicht ganz verstanden, inwieweit die Architektenkammer wirklich von Anfang an involviert war – ja oder nein? – und wie Sie das bewerten, was sich dort gezeigt hat. Sie haben jetzt völlig zu Recht auch in der schriftlichen Unterlage dargestellt: Es ist gut, dass jetzt ein offener Realisierungswettbewerb mit einem nachgeschalteten Verhandlungsverfahren durchgeführt wird. – Ich glaube, das hätte eigentlich von Anfang an der richtige Weg sein sollen, um hier für alle Lösungen offen zu sein. Dann stellt sich jetzt aber wirklich die Frage: Was sind – wir haben dazu schon mehrfach Fragen gehört, auch die einführenden Ausführungen der Anzuhörenden – die echten Vorgaben in der Ausschreibung im Wettbewerb? Das würde mich interessieren. Wir haben ja schon in der Öffentlichkeit die Diskussion gehabt: Was sollte, was kann verbindlich vorgeschrieben werden? Welche Schicht ist in welcher Form wieder darzustellen, wieder hervorzuholen? Und was davon ist das, wovon Sie sagen: Das muss wirklich stattfinden –, und was kann zum Beispiel im Rahmen von energetischen Anforderungen, gestalterischen Anforderungen oder auch Nutzungsanforderun-

gen, die Sie jetzt im Jahre 2018, 2019, 2020 von der Komischen Oper bekommen, wirklich eingehalten werden?

Zu der – ich habe das auch mitgeschrieben – raumgenauen Bestandsaufnahme von Herrn Rauhut und bezüglich der denkmalpflegerischen Kernbereiche, die Sie definiert haben, Herr Rauhut, ist die entscheidende Frage doch: Welche davon machen Sie im Wettbewerb verbindlich, und welche Schicht kann, soll und muss dargestellt werden? Ist das schon komplett festgelegt, oder wie variabel reagieren Sie auf das, was von den Wettbewerbsteilnehmern angeboten wird? – Es ist ja eine entscheidende Frage, wie offen man da rangeht, und vielleicht auch ein Stück weit, wie lösungsoffen, technologieoffen man bestimmte Ausschreibungen verfasst. Ich bin ein großer Fan davon.

Ich war fast ein bisschen überrascht, als Frau Meister sagte: Es steht ja schon fest, dass alles teurer wird. – Da haben wir fast Oppositions- und Koalitionsbank getauscht. Ein bisschen schwant mir das auch, aber ich hoffe, dass es nicht so kommt, vor allem, dass es nicht so schlimm kommt wie bei anderen Bauprojekten. Der Anspruch sollte eigentlich sein: Es ist trotzdem eine Menge Geld, und wir reden über Geld, das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler des Landes Berlin wirklich hart erarbeiten mussten. Deswegen sollten wir da auf jeden Euro genau hinschauen. Über 200 Millionen Euro ist, glaube ich, eine Dimension, die wir uns alle kaum vorstellen können. Umso intensiver und kritischer sollten wir hinschauen, was damit passiert. – Noch mal: Denkmalpflegeplan und die Dinge, die vorgegeben sind – was ist davon wirklich verbindlich? Worauf haben Sie sich mit Frau Lüscher und der entsprechenden Verwaltung schon geeinigt? Was ist noch offen für das nun laufende Verfahren, was sind echte Kernbereiche?

Nach der Zeitplanung ist schon mehrfach gefragt worden. Sehen Sie im Augenblick aus Sicht der Bauverwaltung, dass im Ursprungszeitplan noch wieder einzuholen ist, was wir uns alles vorgenommen haben, mit dem Umzug, der ansteht, mit dem Ein- und Auszug, was alles zu machen ist? Und welche Vorgaben gibt es von welcher Seite, was die Materialität, die Farben und die Gestaltung angeht, und wie weit haben Sie das jetzt schon vorweggenommen? – Ich habe ja eben schon gesagt: energetische Sanierung, andere Dinge. Wir wollen, glaube ich, keine Solaranlage auf dem Dach – das wird bei den Umbauten wahrscheinlich noch schwieriger, als es jetzt schon ist –, aber was sind dabei verbindliche Dinge, und was kann offengehalten werden?

Abschließende Frage zum Brandschutz: Inwieweit sehen Sie insbesondere für den Brandschutz, der bei einer Sanierung auch auf einen neuen Level gehoben werden muss, jetzt oder auch schon in der Ursprungsplanung neue Kosten auf uns zukommen? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Buchholz! – Dann habe ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen, und wir kommen zur Beantwortung der vielen Fragen. – Frau Moser, mögen Sie beginnen und Sie, Herr Bröking und Herr Köckritz, ergänzen, wenn Bedarf besteht?

Susanne Moser (Geschäftsführende Direktorin der Komischen Oper Berlin): Machen wir. Danke schön! – Frau Kittler, Sie haben uns nach den Orten gefragt; das ist vielleicht für alle interessant. Wir würden darüber nur sehr ungerne jetzt schon viel verraten, ich kann nur so viel sagen: Wir schauen uns im Moment wirklich in ganz Berlin Orte an und versuchen, Orte herauszufinden, die auch über längere Zeit von uns bespielt werden. Wir möchten also Orte

definieren, an die wir jährlich wieder hinkommen, um sozusagen eine Beziehung zu dem Ort aufzubauen und dort unser Publikum zu entwickeln. Was man, glaube ich, sagen kann: Ja, wir schauen uns Orte an, die zumindest sehr nahe an der Grenze des S-Bahnringes sind. Wir sind sehr wohl offen für unterschiedliche Orte und wollen Musiktheater auch in Regionen bringen, wo im Moment wenig Musiktheater ist. Wir haben noch keinen Entschluss gefasst, aber wir haben in der Tat schon sehr viele Orte besichtigt und haben unsere Favoriten – das kann ich schon verraten.

Zu den Wünschen – ich glaube, Sie, Herr Dr. Neuendorf, haben von den Wünschen gesprochen –: Weiterhin ein großer Wunsch, Frau Meister, sind die Apartments, aber wie Sie wissen, haben wir auch auf Dinge verzichten müssen. Natürlich wäre es schön, Apartments für Künstler zu haben, aber wir verstehen natürlich, dass wir uns hier einschränken müssen. Das ist ein Wunsch, aber Sie haben mich gefragt, inwieweit der Bedarf abgebildet ist: Wir haben uns bei der Bedarfsanalyse sehr viel Mühe gegeben, und derzeit ist das, was ich Ihnen beschrieben habe, im Bedarf abgebildet und beschrieben und ist Bestandteil des Bedarfsprogramms. Wir haben im Moment also keinen offenen Bedarf, aber natürlich den einen oder anderen Wunsch, der aber von uns nach eingänglicher Diskussion auf die Seite gelegt wurde – wie die Apartments.

Bei der Akustik kann man sagen, dass wir sehr wohl Messungen durchgeführt haben, was den Orchesterbereich betrifft, also sowohl den Konzertbereich als auch den Opernbereich. Selbstverständlich gibt es auch bei uns – da muss sich Barrie Kosky zustimmen – marginale Verbesserungswünsche, die aber nichts mit Vergrößerung von Raumvolumen, Hochbau etc. zu tun haben. Aber wir werden natürlich versuchen, die kleineren Probleme, die wir haben – akustische Ungleichmäßigkeiten im Raum –, auch bei der Sanierung zu lösen. Da sind wir im Gespräch und versuchen, das innerhalb des Programmes abzuarbeiten; da geht es auch viel darum, welche Materialien verwendet werden etc. Dafür ist es noch ein bisschen früh, aber wir haben die Messungen durchgeführt, wir wissen unsere Schwachstellen, aber die Schwachstellen sind glücklicherweise nicht so groß, dass wir große Dinge anfassen müssen.

Zum Brandschutz beziehungsweise zur Betriebsgenehmigung haben Sie uns auch gefragt. Da ist in der Zwischenzeit in der Tat etwas passiert: Wir haben von zwei Sachverständigen Briefe bekommen, die uns bestätigen, dass wir über 2022 hinaus auch aus brandschutztechnischen Gründen weiterspielen könnten oder können, was natürlich glücklich ist, wenn wir bis 2023 spielen möchten und auch müssen. Was ich aber vorhin zu erklären versucht habe, war, dass die Havarien trotzdem zunehmen und wir jedes Jahr prüfen müssen, inwieweit wir die Genehmigungen, auch weiterzuspielen, noch kriegen. Es ist nicht so, dass man dann eine Genehmigung für die nächsten 25 Jahre hat und nie wieder eine Prüfungen bestehen muss, sondern wir wissen nur, dass die Brandschutzmaßnahmen, die wir in den Sommerpausen 2017, 2018 für etwa 5 Millionen Euro gemeinsam eingebaut haben, uns schon sehr geholfen haben, überhaupt über diese Phase hinauszukommen.

In der Tat müssen wir das aber beobachten, und was ich vorhin zu beschreiben versucht habe, ist, dass die technischen Anlagen einen Zustand haben, in dem Wartungsarbeiten sehr viel aufwendiger sind, und dass wir nicht wissen, was passieren würde, wenn eine Anlage wie die Drehbühne wirklich mal ausfällt – das ist dann wirklich eine Katastrophe. Da möchten wir natürlich nicht hinkommen, und deswegen ist dieser Umzug notwendig – übrigens im Juni 2023. Wir wollen die Spielzeit 2022/2023 noch im Haus bespielen. Unser Plan ist, dass wir im Juni, Juli umziehen, das heißt, wir können das Haus erst im Herbst übergeben. Vielleicht

kann Frau Lüscher noch ein paar Punkte zum Zeitplan ergänzen. – Habe ich irgendetwas vergessen?

Vorsitzende Sabine Bangert: Herr Dr. Berg, haben Sie eine Frage an Frau Moser? Die könnten Sie jetzt stellen, dann könnte Frau Moser sie noch beantworten, und wir würden dann in der Reihenfolge weitergehen.

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD): Darf ich nur eine Frage an Frau Moser stellen, oder dürfte ich auch eine Frage an den Senats stellen und einen Appell an die Koalition richten?

Sabine Bangert (GRÜNE): Ich würde danach noch eine zweite Runde machen. Jetzt geht es nur darum, ob Sie eine Nachfrage an Frau Moser haben? – [Dr. Hans-Joachim Berg (AfD): Nein, das wäre ein eigener Punkt!] – Dann machen wir nachher noch eine zweite Runde.

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD): Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Herr Bröking, Herr Köckritz, haben Sie noch Ergänzungen? – Nein. Dann ist Herr Mackenrodt jetzt an der Reihe. – Bitte schön!

Michael Mackenrodt (Vorstandsmitglied der Berliner Architektenkammer): Ich versuche, die Fragen in einer logischen Reihenfolge zu beantworten. Die erste ist, welche Probleme wir mit dem beschränkten Zugang haben. – Beschränkter Zugang zu Verfahren führt immer dazu, dass die Ideen, die auf dem Markt durch Planungswettbewerbe eingesammelt werden können, beschränkt werden. Wenn Sie hohe Zugangsbedingungen stellen, bleiben Ihnen im Zweifel nur noch 5 Prozent bis 10 Prozent der planenden Büros übrig, die überhaupt teilnehmen können. Das bedauern wir seit Jahren, weil das seit der Neuregelung der VgV 2016 auch umgekehrt passieren kann: Planungswettbewerbe stehen unabhängig vor dem Verhandlungsverfahren, und es darf auch nicht eingekapselt werden.

Man kann einen Planungswettbewerb gerade in der ersten Phase sehr wohl offen machen, dann durch die Jury verengen – das ist bei einem zweistufigen Planungswettbewerb sowieso der Fall – und dann nur die Besten aus der ersten Phase in die zweite Phase lassen, und zum Schluss kann man vor dem Verhandlungsverfahren noch mal filtern und sagen – falls ja doch ein junges Büro, dem man es nicht zutraut, dabei ist –: Gebt euch eine Chance, verstärkt euch –, und dann kann man sie, wenn sie das nicht schaffen, immer noch rauskickern. Es gibt also genug Möglichkeiten – – deshalb wollen wir als Kammer immer die Sorge nehmen – – diese Zugangshürden zu sehr einzuschränken, weil, wie in diesem Fall, Nachweis aus den letzten Jahren, in dieser Sortierung – Denkmalschutz, Oper und so weiter – – Also man gibt sich Mühe, das erkennen wir an. Es gibt schlimmere Verfahren, aber auch hier muss man ehrlich konstatieren: Es sind 5 bis 10 Prozent aus dem Markt, das heißt, 90 bis 95 Prozent der Ideen sind von vorneweg ausgeschlossen, weil sie nicht teilnehmen können.

Deswegen ist es auch ein gewisser Widerspruch: Das erste Verfahren war ja ein beschränktes Verfahren, und genau dort sind die Fehler passiert. Wenn man in das Vergabekammerurteil reinliest, stellt man fest: Die Vergabekammer hat bemängelt, dass man das so eben nicht machen kann. Ein ganz grundlegendes Problem dabei ist, dass es gesetzte Teilnehmer eigentlich gar nicht geben darf. Der Bund in seinen Bundesprojekten macht das nicht, weil das dem Gleichbehandlungsgrundsatz, einem Wesenszug unserer Demokratie, widerspricht, wenn man sagt: Ihr seid drin, und die anderen müssen sich mühsam bewerben. – Das, in groben Zügen,

hat die Vergabekammer kritisiert und hat gesagt: Euer Verfahren – euer erstes – muss eingestampft werden, ihr müsst noch mal von null beginnen. – Das heißt, die sechs Monate, die am Anfang genannt wurden, sind da noch gut gerechnet, denn jetzt geht es ja erst los mit dem zweiten Verfahren, und die Zeit ist erst mal weg. Das ist unser Problem bei beschränktem Zugang, und er widerspricht natürlich auch dem offenen Wettbewerb, denn ein offener Wettbewerb ist genau das Gegenteil von einem beschränkten Wettbewerb.

Das Scheitern des ersten Verfahrens habe ich kurz angeschnitten. Das ist natürlich bedingt durch die Fehler, die man dort in der Vorauswahl gemacht hat: Welche Büros dürfen teilnehmen und welche nicht? – Das hat die Vergabekammer kritisiert; das ist formal unsauber gelaufen, man konnte nicht die richtigen Punkte zusammenzählen – also auch handwerkliche Fehler –, aber sie kritisierte auch grundsätzlich, dass man so etwas eigentlich nicht machen sollte. Deswegen wäre eine erste Lehre – da viel davon gesprochen wird, man wolle die Fehler nicht zweimal machen –, dass man eigentlich keine beschränkten Verfahren mehr macht oder möglichst nicht, und wenn, dann mit wirklich projektangemessenen Zugangskriterien – und vor allem, dass man darauf verzichtet, einzelne Büros zu setzen. Das kann man verstehen, als Auftraggeber möchte man die Sicherheit haben, weil man in einem offenen Verfahren nicht weiß, wen man bekommt, aber Sie haben so viele Prüfschritte drin, dass Sie sicher sein können, dass sie zum Schluss einen tauglichen Vertragspartner haben, auch wenn Sie nicht sagen, dass die und die Büros unbedingt dabei sein müssen.

Das Scheitern des ersten Wettbewerbs ist ganz am Anfang passiert, das heißt, man hätte das Verfahren dort eigentlich stoppen müssen. Man hat es trotzdem weiterlaufen lassen. Um es klar zu sagen: Offensichtlich hat man es ignoriert und hat gedacht, das bekäme man gerichtlich weggedrückt. Man hat es laufen lassen und hat 50 Büros über drei Monate planen lassen und denen – die hatten ihre Arbeiten fertig in der Tasche – zwei Tage vor Abgabe gesagt: Gebt doch nicht ab!

Das heißt, dieser drohende, dieser durch das Weiterlaufen – also einen Fehler zu machen, Vergabekammerurteil, zu sagen: Warten nicht ab, sondern lassen wir weiterlaufen! – Dieser Fehler zieht sich jetzt weiter, denn der drohende Schadenersatz ist jetzt einfach im Raum. Wir haben das mal schätzen lassen, das sind über 10 Millionen Euro. Welche Büros sich beschweren und welche sich still verhalten, weiß man nicht, aber das ist etwas, das jetzt weiter mitschwebt, und das ist gefährlich, weil durch die neue Auslobung eigentlich wieder die Chancengleichheit missachtet wird. Das heißt, es könnte passieren, dass in dem neuen Verfahren einer der neuen Teilnehmer rügt und sagt: Die aus dem ersten Verfahren hatten drei Monate länger Zeit, da ist die Chancengleichheit nicht gegeben. – Das ist etwas, was wir benannt haben; das ist ein grundsätzlicher Fehler, für den wir aber auch keine Heilung mehr sehen, außer man schließt die aus dem ersten Verfahren aus. Aber die Geschichte ist jedenfalls noch nicht ganz zu Ende.

Die Erfüllung des Beratungsauftrags wird in unserem Haus praktisch durch einen Ausschuss bewerkstelligt – nicht ganz so groß wie dieser, das sind 13, 14 Leute –, plus den angehenden Vorstand bis zur Präsidentin, durch den Justiziar und beratende Externe, sodass wir auf ungefähr 18, 19 Personen kommen, die sich regelmäßig mit diesen Verfahren in dieser Stadt beschäftigen. Wir stehen bereit, aber wir können unsere Beratung natürlich nur geben, wenn man sie erstens hören will, man uns zweitens fragt und – drittens – wenn man auch irgendwas von unserer Beratung annimmt. Wenn man jetzt sagt: Die Fehler will man nicht noch mal machen –, dann wäre unsere starke Bitte für die Zukunft: Wir sind einfach nicht integriert

gewesen, haben das nicht mitgeteilt bekommen, haben wichtige Sachen einfach nicht erfahren. Wir konnten unseren Beratungsauftrag, der ein gesetzlicher Auftrag ist, einfach nicht ausüben, weil wir zum Beispiel von dieser Rüge nie erfahren haben.

Wir haben aber auch in der Neuauslobung keinerlei Beratungsgespräche führen können; da war völlige Funkstille, vielleicht wegen des drohenden Schadenersatzes. Das ist bedauerlich, denn gerade in so einer Situation wäre es natürlich hilfreich, sich Beratung durch die Kammer reinzuholen, damit jetzt nicht noch mehr Fehler entstehen. Da war aber einfach überhaupt keine Gesprächsbasis möglich. Das erste Gespräch war erst am 10. Januar möglich, als die Veröffentlichung aber schon draußen war. Das ist einfach schade, weil man gesetzlich eigentlich als Team aufgestellt wird; man hat einen Prüf-, Registrierungs- und Beratungsauftrag, und damit ließen sich bessere Verfahren auf den Markt bringen, wenn das tatsächlich angenommen und praktiziert würde.

Nach der Beteiligung war von Frau Meister gefragt: Der erste Brief ist natürlich an den Kultursenator gegangen. Das war ganz am Anfang, um zu sagen: Macht lieber einen Wettbewerb statt ein reines Verhandlungsverfahren! – Der Brief im Januar ging dann natürlich an die Senatsbauverwaltung, Abteilung V, weil sie eben für Bauausführungen zuständig ist; der Kultursenat baut ja nicht, deswegen ist dieses Schreiben, das erste, dorthin und die nächsten sind dann dorthin gegangen.

Einen Punkt will ich bei der Gelegenheit noch kurz ansprechen – die Kostenschärfe. Da möchte ich Frau Lüscher bestätigen, sie hat das vorhin sehr klar gesagt: Wir sehen auf dem Markt oft, dass ganz am Anfang eine gewisse Zahl platziert wird, die sich dann auch überall festsetzt, und später sagt man: Oh, die Zahl wurde nicht eingehalten. – Frau Lüscher hat zu Recht gesagt, dass es selbst bei den Prüfungsabläufen, wenn man schon eine Planung hat, noch eine Toleranz von 30 Prozent gibt. Aber wesentlich ist, dass die Kostenschärfe am Anfang, wenn man noch gar keine Planung hat, natürlich sehr vage ist. Das heißt, mit fortschreitendem Planungsstand wird auch die Kostengenauigkeit immer stärker.

Wir sehen, dass daran auch viele Projekte scheitern, weil man meint, man könnte am Anfang eine Zahl einwerfen, und das gibt dann die Punktlandung. Wir wollen deswegen nicht sagen, dass es im Bauen teurer werden soll, aber man muss das Bauen als zu begleitenden Prozess verstehen, sodass man am Anfang sagt, dass es eine Zielgröße gibt, dann hat man weitere Erkenntnisse, dann justiert man nach. Kosteneinsparungen sind gang und gäbe, irgendwo nach Leistungsphase 3, kommt vielleicht auch mal auf die Komische Oper: Was kann man weglassen, was ist vielleicht nicht unbedingt notwendig? – Nur so kriegt man es hin, dass die Kosten am Ende eingehalten werden, und nicht, indem man am Anfang eine Zahl hinstellt, die dann irgendwie unverfüllbar ist. Das wollten wir der Politik aus der berufspraktischen Sicht gerne nahelegen, weil wir sehen, dass deswegen viele Projekte unnötig scheitern.

Um den Aspekt des aus Fehlern Lernens aufzunehmen: Es wäre wünschenswert, dass man das Bauen mehr als Miteinander, als Teamwork versteht. Wir würden uns tatsächlich gerade von der Abteilung 5 mehr wünschen, zu Beratungen – ich sage nicht auf Augenhöhe, aber zumindest auf partnerschaftlicher Basis – hinzugezogen zu werden. Ich glaube, man verfolgt das gleiche Ziel, und wir sind gut aufgestellt. Das wäre ein wichtiger Schritt.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Mackenrodt! – Herr Dr. Lederer, wollen Sie anfangen? – [Bürgermeister Dr. Klaus Lederer: Nein, an mich ist nichts direkt gegangen!] – Dann Frau Lüscher, bitte!

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Ich übernehme gerne! – Zuerst möchte ich mich entschuldigen, dass ich die Architektenkammer nicht explizit als Kommunikationspartner genannt habe. Das ist sicher der Tatsache geschuldet, dass ich primär die Partner benannt habe, die eben auch die politische Verantwortung tragen. Die Kammer hat, wie Sie richtig gesagt haben, eine beratende Funktion, und diese Funktion nimmt sie sehr intensiv wahr, insbesondere in der Zusammenarbeit mit dem Wettbewerbsreferat. Auch das möchte ich nochmals klarstellen: Für dieses Verfahren ist das Wettbewerbsreferat verantwortlich, nicht die Hochbauabteilung der Senatsverwicklung für Stadtentwicklung. Die kommt erst dazu, wenn es in die zweite Phase des Verhandlungsverfahrens geht; so ist die Aufgabenteilung.

Was ich auch präzisieren möchte: Es ist üblich, solche Wettbewerbsverfahren mit einem Bewerbungsverfahren davor zu machen. Das ist eine ganz übliche Verfahrensart, die wir – übrigens auch der Bund – sehr oft durchführen, und es kommt ganz selten dazu, dass eine Rüge gemacht wird, noch seltener dazu, dass sich diese Rüge dann gegenüber der Vergabekammer durchsetzen kann, aber das kann einfach auch mal passieren. Es ist natürlich besonders ärgerlich, wenn es bei einem solch wichtigen Bauvorhaben passiert. Aber auch im Weiteren wird uns dieses Thema beschäftigen. Es ist einfach nicht auszuschließen.

In Vergabeverfahren jeglicher Art wird es sehr häufig gerügt – das wissen wir –, also auch, wenn es darum geht, die Planungsleistung, aber auch insbesondere die Bauleistungen zu vergeben. Es wird einfach gerügt, dafür gibt es eine Vergabekammer, und natürlich tun wir alles, damit diese Rügen dann nicht erfolgreich sind. Ich glaube, das sieht man unserer Bilanz an; ich weiß jetzt nicht, wie viele Prozent wir zurückversetzen müssen, aber ich würde sagen, es ist im einstelligen Prozentbereich, es sind sehr wenige Verfahren. Aber trotzdem: Man hat immer das Risiko. – Noch etwas möchte ich klarstellen: Auch der Bund, nicht nur das Land Berlin, hat schon Verfahren gemacht, in denen Teams gesetzt wurden, zum Beispiel war das

beim Museum der Moderne, dem M20, der Fall. Das war ein sehr großes und kompliziertes Vorhaben, da war das auch so.

Zur Chancengleichheit im zweiten Verfahren: Meine Vergabestelle – ich selber bin ja selber nicht Vergabestelle, da ich eine politische Funktion habe, ich bin da selbstverständlich ganz raus – hat mir berichtet, dass sie sich im ganzen Verfahren – im ersten, aber auch jetzt im zweiten Verfahren – intensivste juristische Beratung geholt hat. Ein Punkt dieser juristischen Beratung war natürlich, dass wir die Bearbeitungszeiten gegenüber den normalen Zeiten, die wir so haben, deutlich verlängert haben, damit auch die Teams, die sich jetzt beteiligen, eine mehr als angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung haben.

Die Architektenkammer hat übrigens – – Das war vielleicht auch ein wenig missverständlich, aber Herr Mackenrodt hat es gesagt. Das erste Verfahren hatte ja den Stempel der Architektenkammer; es ist also nicht so, dass das irgendwie ein unanständiges Verfahren war. Aber klar ist: Die Kammer bevorzugt immer die offenen Wettbewerbe. – Sie haben ja auch erklärt, warum Sie die bevorzugen. Es hat alles seine Vor- und Nachteile. Ich kann es hier noch mal sagen: Im Vorfeld der ersten Wettbewerbsausschreibung gab es einfach den ganz großen Wunsch, auch renommierte Büros dabeizuhaben, und die renommierten Büros machen bei offenen Wettbewerben sehr oft bzw. in der Regel nicht mit, da es dort einfach wahnsinnig viele Teilnehmer gibt. Ich will nicht sagen, das sei eine richtige Materialschlacht, aber es sind schnell mal 200 Projekte oder mehr, die da beurteilt werden müssen. Das ist wirklich eine Schwierigkeit bei einem solchen Verfahren.

Jetzt zu den Fragen von Herrn Juhnke, Frau Kittler, Herrn Neuendorf, Frau Billig, Frau Meister und Herrn Buchholz, die sich zum Teil ein wenig überschneiden haben. Ich fange am besten bei dem Thema Termine an. Ich fange beim Realisierungswettbewerb an, also bei den alten und den neuen Terminen. Zu den Terminen für den nichtoffenen Realisierungswettbewerb mit den 50 Teilnehmern: Da war vorgesehen, dass Ende März 2020 das Preisgericht der zweiten Phase – das war ein zweiphasiger Wettbewerb – tagt, und nun tagt das Gremium des neuen offenen Realisierungswettbewerbs Mitte August 2020 – das sind also viereinhalb Monate Verzug. Ob diese viereinhalb Monate Verzug jetzt bis 2028 zu Buche schlagen oder nicht, ist bei einer so großen Baumaßnahme und so langer Planungszeit schwierig zu sagen, weil das eine vergleichsweise kurze Zeit ist. Das weitere Verfahren wird so sein, dass wir noch ein Verhandlungsverfahren zur Ermittlung eines Projektsteuerers haben, dann die Ermittlung des Generalplaners – wie gesagt, im August 2020. Im Anschluss an das Wettbewerbsverfahren wird ein Verhandlungsverfahren für den Generalplaner rund vier Monate dauern, und dann sind wir im Dezember 2020.

Die Frage, ob der Baubeginn 2024, respektive die Bauvorbereitung vor Ort ab 2023 realistisch ist, kann ich mit einem „Wenn, dann“ beantworten. Ich will nicht sagen, Bauen im Bestand ist ein Abenteuer, aber wir sind schon auf hoher See. Darum ist es heute schwer zu sagen, was in der Zeit zwischen 2023 und 2024 passiert. Das hatten Sie gefragt, und es kommt eben darauf an: In dieser Zeit werden Bauvorbereitungsmaßnahmen erfolgen, und Bauvorbereitungsmaßnahmen sind natürlich auch intensivste Rückbaumaßnahmen und intensive, detaillierte Baubestandsuntersuchungen. Erst dann sieht man, ob 20 Prozent der Wand XY marode sind oder leider 80 Prozent. Das ist dann der Alltag: Jedes Bauteil kann dann genauer untersucht werden, und erst dann kann man auch nochmals detaillierte Aussagen darüber machen, wie groß die Ausmaße sind, an welcher Stelle man mehr vom Bestand neu aufbauen muss.

Und dann kann man – weil man bis dahin ein Wettbewerbsresultat hat, ein reales Projekt – noch mal gucken, ob das reale Projekt, das wir jetzt in Plänen vor uns haben, in Teilen vielleicht doch angepasst werden muss, weil an der einen oder anderen Stelle der Bauzustand diese Pläne vielleicht einfach nicht zulässt. Das soll in dieser Zeit geschehen, und das ist das, was wir bei der Staatsoper nicht tun konnten. Das konnten wir überhaupt nicht; da mussten wir rein und anfangen zu bauen, um es mal ein wenig dramatisch zu sagen. Da hatten wir diese Zeit nicht, und die Zeit, die wir uns jetzt nehmen, ist nicht übertrieben. Die Bauleute möchten natürlich immer noch mehr Zeit – das ist auch klar –, aber es ist auf jeden Fall besser als damals, als wir nur schon so verspätet in der Staatsoper beginnen konnten und nur einen absolut engen Zeitplan hatten.

Ist der Baubeginn 2024 also möglich? – Ja, wenn wir das Grundstück haben, logischerweise; ja, wenn wir bei den weiteren Vergabeverfahren keine Probleme haben; ja, ist möglich, wenn sich die Bausubstanz als so erweist, wie wir uns das im Moment denken. Natürlich haben wir da viele Risikofaktoren drin, aber ich sage es nochmals: Wir sind auf hoher See. Natürlich gibt man schlussendlich immer Terminrisikopuffer in eine solche Maßnahme. Man weiß noch nicht, für welches Risiko diese Puffer drin sind, und der Puffer könnte natürlich immer noch viel größer sein. Das ist klar, dann sind wir auf der sicheren Seite, aber das will hier ja auch keiner.

So sieht es also aus. Im Moment gehen wir davon aus, dass wir, wenn wir 2023 rein können und mit den bauvorbereitenden Maßnahmen beginnen können – davon gehen wir aus – und uns dort keine größeren Schwierigkeiten begegnen, 2024 beginnen. Wenn wir aber größere Schwierigkeiten vorfinden, dann muss man die BPU vielleicht an der einen oder anderen Stelle nochmals anpassen. Das ist dann aber so, diese Zeit muss man sich dann auch nehmen. Es wurde ja auch schon gesagt: Das Parlament ist sich dessen bewusst und würde sich dann auch nochmals mit der Baumaßnahme beschäftigen, was sehr gut wäre. – Ich glaube, das war es zum Terminplan und dazu, wie es weitergeht. Ich habe auch beantwortet, was zwischen 2023 und 2024 passiert.

Ich kann noch mal wiederholen, dass die Gebäudehöhe an der Glinkastraße – vorne, an der Straße Unter den Linden wegen der „Lindensatzung“ ausgenommen – nicht 24 Meter – das ist sie vorne an der Ecke –, sondern hinten 28 Meter beträgt. Das ist so festgehalten, abgestimmt mit der Denkmalpflege, ich kann sogar fast sagen: durchaus mit guter Unterstützung der Denkmalpflege. Das mussten wir also nicht mühsam aushandeln, sondern das wurde, denke ich – das können Sie vielleicht noch mal sagen –, durchaus aus fachlicher Überzeugung so festgesetzt.

Zum Brandschutz kann ich jetzt einfach nichts sagen. Wir haben für den Brandschutz natürlich Mittel eingeplant, aber ob es aufgrund neuerer Erkenntnisse sowohl im Projekt, das wir ja noch nicht haben, als auch bezüglich des Bauzustandes zu Anpassungen kommt, ist Teil der weiteren Planung; das kann immer sein.

Zum Wettbewerbsverfahren habe ich schon einiges gesagt. Ich glaube, wichtig ist, nochmals festzuhalten, dass das Zurückziehen und das Beanstanden des Verfahrens seitens der Vergabekammer auf der Rüge eines Teilnehmers basieren. Also die Vergabekammer macht das nicht aus lauter Freude und weil sie findet, das Verfahren ist grundsätzlich nicht erlaubt, ein unerlaubtes Verfahren. So ist es nicht. Aber die Vergabekammer hat nachher – – In der Umsetzung, in den Detailumsetzungen des Vergabeverfahrens, des Bewerbungsverfahrens, wie

das im Detail ausgeführt wurde durch die Vergabestelle, das wurde dann gerügt, aber nicht das Verfahren an und für sich.

Das Verfahren kann man so, wie es strukturiert war, machen; sonst hätten wir es auch nicht so gemacht. Aber man muss es dann natürlich auch in den Detailschritten, zum Beispiel in der Dokumentation der Aspekte, in der Dokumentation der Punktezuteilung etc. pingelig genau machen, und das wurde offensichtlich nicht an jeder Stelle pingelig genau genug gemacht. Das ist natürlich nicht schön, das habe ich aber auch schon gesagt. Ich glaube, ich bin diejenige im Raum, die es am meisten ärgert, dass das passiert ist. Aber es gab auch Aspekte in diesem Verfahren, die wir, also die Vergabeabteilung, bis jetzt so einfach nicht wissen konnten. Da hat die Kammer Aspekte gerügt, die bis jetzt so nie beanstandet wurden. Das gehört natürlich zu dieser Vergabejuristerei. Es gibt neue Gerichtsurteile, die muss man lesen, und dann muss man wieder Detailaspekte anpassen. Diese Juristerei ist einfach eine lebendige Masse.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Lüscher! – Herr Dr. Rauhut, bitte schön!

Dr. Christoph Rauhut (Berliner Landeskonservator): Ich möchte zunächst für die vielen Fragen zum Thema Denkmalschutz danken und einleitend daran erinnern, dass das Gebäude, schon bevor diese ganzen Planungen begonnen haben, als Denkmal erkannt war. Das heißt, wir haben diesen ganzen Prozess in dem Wissen gestartet, dass das ein Denkmal ist. Das ist immer auch in die Prozesse einzuspiegeln, und das ist sicherlich die besondere Herausforderung. Frau Lüscher hat das Bauen im Bestand als Manöver auf stürmischer See beschrieben, und das ist sicherlich in diesem Prozess auch so. Es ist also ein Prozess, der kontinuierliche Begleitung von allen Seiten braucht, um nach Lösungen zu suchen, die einerseits die Denkmalswerte erhalten, andererseits aber natürlich auch wirtschaftlich sind. Dieses Erfordernisses sind wir uns als Denkmalbehörden auch immer bewusst.

Ich möchte einleitend noch mal etwas zum aktuellen Stand sagen: Wir befinden uns jetzt in einer Phase, in der wir als Denkmalbehörde schon mal einen Schritt vorausgegangen sind, indem wir gesagt haben, was uns wichtig ist, was unsere Anforderungen sind, wenn man das Gebäude nun in der Zukunft anfasst, verändern möchte. Gleichzeitig kennen wir noch nicht alles, was passieren soll. Wir sind gerade dabei, einen Wettbewerb durchzuführen und werden erst in Kürze Ergebnisse haben, die wir bewerten können. Das macht es sehr schwierig, einzelne Maßnahmen schon abzuwägen. Denn es ist ja unsere Aufgabe als Behörde, immer wieder zu schauen: Was soll gemacht werden? Ist das mit dem Denkmalschutz vereinbar? Gibt es Gründe, die dagegen sprechen, gibt es Gründe, die dafür sprechen, die Denkmalschutzaufgaben möglicherweise zurückzustellen? – Das ist der natürliche Prozess, den jedes Projekt durchläuft.

Ein Wettbewerb ist da aus unserer Sicht immer auch ein gewisses Wagnis; das erlebe ich jetzt hier wieder. Wir haben bestimmte Anforderungen formuliert, und man kann sehr schnell darüber diskutieren, ohne aber genau zu wissen, was in der Zukunft passieren soll. Da möchte ich ein bisschen versuchen, die Sorge zu bremsen, und darauf hinweisen, dass bei sämtlichen Formulierungen, die hier drinstehen, zum einen das Wort „soll“ benutzt wurde, und es findet sich ein ganz wichtiger Absatz zum Denkmalpflegeplan in der Wettbewerbsausschreibung, den ich vorlesen möchte: Der Denkmalpflegeplan hat einen bindenden Charakter, jedoch kann in Einzelfällen immer eine individuelle Lösung mit den Denkmalbehörden abgestimmt werden. Bei notwendigen baulichen Anpassungen dient der Denkmalpflegeplan als Rahmenplan. – Wir sind uns also durchaus bewusst, dass es in der Folge des Wettbewerbsergebnisses noch

mal eine Diskussion darüber geben wird, wie mit den einzelnen Vorgaben, die wir in diesem Prozess einbringen, umgegangen wird. Das ist ganz typisch, und das erleben wir auch in anderen Prozessen.

Die Untersuchung des Gebäudes im Rahmen des Denkmalpflegeplans ist angesprochen worden. Dazu kann ich sagen: Das ist eine Untersuchung, die durch Inaugenscheinnahme der Räume und der Akten funktioniert. Das heißt, wir können damit nicht sagen, was sich hinter den Oberflächen befindet, welchen Zustand eine Wand möglicherweise hat. Das ist das, was zu einem späteren Zeitpunkt durch andere geklärt werden muss, die an dieser Stelle natürlich auch ein anderes fachliches Know-how einbringen als ein Büro, das einen Denkmalpflegeplan bearbeitet. Auch ist es schwierig, schon an dieser Stelle die Kostenauswirkungen abzuschätzen, unter anderem deshalb, weil wir nicht genau wissen, was die Maßnahmen sind, die auf den Plan folgend stattfinden sollen. Auch das ist etwas, was im Wettbewerb noch weiter qualifiziert wird und da noch mal sehr viel genauer genannt werden kann.

Es gab verschiedene Einzelaspekte, die angesprochen worden sind. Ich möchte zunächst auf die Frage der Gebäudefrontschließung eingehen – der Straßenfront. Sie haben das, glaube ich, in Bezug auf die Behrenstraße noch mal gefragt. Mir ist es ganz wichtig zu sagen: Es gibt in diesem Gebiet natürlich eine Blockrandstruktur, die historisch entstanden ist. Diese Blockrandstruktur ist dann aber in den Sechzigerjahren explizit durch die Komische Oper aufgebrochen worden, und wir haben zur Seite der Behrenstraße auch jetzt einen Unterbruch der Blockrandstruktur durch das Gebäude der Komischen Oper und den großen, sowohl in der Höhe als auch in der Flucht versetzten Hotelneubau und Ähnliches. Was wir uns aktuell vorstellen, ist, dass es auch auf der Seite zur Glinkastraße einen Versatz zu dem jetzigen Gebäudevolumen der Komischen Oper geben wird, damit eben diese Besonderheit in der Blockrandstruktur, die ja grundsätzlich durch das Straßenraster vorgegeben ist, dann doch auch in der Zukunft lesbar bleibt; dass sich die Komische Oper also nicht neu als Teil einer Blockrandstruktur präsentiert, sondern immer noch mit einer durchaus selbstbewussten Fassade zur Behrenstraße. Zur Glinkastraße wird es eine ganz neue Fassade geben, die die Situation noch mal sehr verändern wird.

Bezüglich der Fassade sind mit zwei Punkte wichtig: Zum einen wird es große Teile der Fassade in Zukunft so gar nicht mehr geben. Die gesamte Fassade zur Glinkastraße wird ja durch den Anbau letztlich aufgehoben, das heißt, wir fassen die gesamte Fassade an. In diesem Prozess sind wir gefragt worden: Was ist denn im Umgang mit der Fassade möglich? Ist es möglich, eine komplett neue Fassade um die gesamte Komische Oper zu bauen, oder haben wir eine Zielvorstellung, wenn wir darüber diskutieren, wie sich die Seite zur Behrenstraße in Zukunft präsentiert?

Ich habe – Frau Moser wird sich erinnern – intensive Gespräche mit Barrie Kosky zu der Frage geführt, wie sich die Komische Oper einerseits aus der bauhistorischen Perspektive, aber auch in ihrem Selbstverständnis präsentiert. Wir haben festgestellt, dass die ursprüngliche Gestaltung der Sechzigerjahre eine – ich sage mal – sehr viel ansprechendere ist als die jetzige. Das Weiß der Fassade, der Kontrast zu dem Eisenrelief war sehr viel stärker, wodurch eine doch interessantere stadträumliche Wirkung stattgefunden hat. Insofern sehe ich das Interesse der Oper, diese Fassade etwas aufzuwerten, und unser Interesse, den Bau wieder in Wert zu setzen, übereinstimmen, und insofern bin ich sehr glücklich, dass wir im Rahmen dieses Wettbewerbes noch mal die Möglichkeit hatten, auch zu sagen: Wenn die Fassade schon angefasst wird, dann möge man da bitte eine Inwertsetzung durchführen.

Auch die Braunfels-Fassung ist nochmals angesprochen worden. Auch mit der haben wir uns sozusagen in zwei Phasen beschäftigt. Wir sind zunächst gefragt worden: Hat die Braunfels-Fassung einen Denkmalwert? – Das ist immer die Frage, wenn man auf ein Gebäude zugeht, bei dem verschiedene Zeitschichten hinzugekommen sind. Wir haben diese Untersuchung nicht durchgeführt, weil wir gesagt haben: Ein Denkmal, eine Schicht muss immer 30 Jahre alt sein. Das ist die Ebene, zu der wir anfangen, ein Denkmal zu bewerten und zu bewerten, welche Bedeutung dies möglicherweise vor 30 Jahren gehabt hat, welche künstlerische, historische, städtebauliche Bedeutung dem zuzusprechen ist.

Gleichzeitig hat man dann natürlich die Diskussion: Wie gehen die Architekten damit um? – Das ist etwas, was wir nicht festgelegt haben. Wir haben nicht festgelegt, dass die Architekten die Braunfels-Fassung rausnehmen müssen. Gleichzeitig wird es im Wettbewerb Architekten geben, die sich ganz dezidiert mit der Gestaltung des Foyers befassen, und auch dabei haben wir gesagt: Wenn man das macht, dann möge man sich bitte die ursprünglichen Qualitäten, die ursprünglichen Oberflächen anschauen, die hinter den aktuellen Einbauten noch vorhanden sind. Man muss also nicht alles neu machen, man hat eine Fassung aus den Sechzigerjahren, die als denkmalwert erkannt ist – hinter den entsprechenden Einbauten heute. Man wird sich dann mit den Einbauten, die jetzt folgen müssen für Gastronomie, für Garderobe, für neue Zugänge – – Es wird wahrscheinlich einen neuen Eingang zur Komischen Oper geben, der Barrierefreiheit in einem viel besseren Maße, als sie momentan vorhanden ist, herstellen wird. Auch da wird es Veränderungen im Foyer geben. Da gilt es dann, eine neue architektonische Lösung finden – mit dem Bestand. – Ich denke, das waren die Fragen, die an mich gerichtet worden sind. Ansonsten kann ich natürlich gerne noch mal auf Nachfragen reagieren. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Rauhut! – Ich habe jetzt eine längliche Redeliste; darauf stehen Herr Dr. Berg, Herr Buchholz, Herr Wesener und Herr Taş. Will sich sonst noch jemand melden? – Ich würde danach die Redeliste schließen. – Dann machen wir einen Cut nach Herrn Taş. – Herr Dr. Berg, bitte schön!

Dr. Hans-Joachim Berg (AfD): Ganz herzlichen Dank! – Ich habe zwei kurze Fragen. Die erste: Trotz angespanntester Aufmerksamkeit ist es mir noch nicht gelungen, die Frage der Einbeziehung der Architektenkammer in dieses Projekt hier deutlich beantwortet zu sehen. – Frau Lüscher, ich will Ihnen nicht zu nahe treten, aber Sie sagten sinngemäß: Ach, ja, da gibt viele Beteiligte, da habe ich leider vergessen, die Architektenkammer zu nennen, jetzt nenne ich sie auch, und im Übrigen macht das das Referat 47/11, nicht das Referat 47/12 bei uns in der Bauverwaltung. – Ich finde das wenig überzeugend. Jetzt haben wir die beiden Protagonisten hier sitzen, und ich würde gerne einfach wissen: Ist die Architektenkammer so, wie sie es darstellt, nach ihrem gesetzlichen Recht und Auftrag formal in das Projekt eingebunden, oder – wie Sie es ausdrücken – führt die Architektenkammer interessante Gespräche mit Ihnen und bringt sich ein? – Das ist ja ein wesentlicher Unterschied. Jeder Bürger kann an Sie schreiben und eine Idee zur Sanierung der Komischen Oper bringen, ich glaube aber, so versteht sich die Architektenkammer nicht. Da würde ich in dieser Sitzung gerne auf ein höheres Wissensniveau gebracht werden.

Die zweite Frage bezieht sich auf das leidige Thema der Wohnungen. Da hat der Senator – wie ich finde, ein bisschen zu kurz – gesagt: Ist teuer, ist nicht unbedingt notwendig. – Er hat nicht gesagt: Das sieht man nicht auf der Bühne –, aber so ein bisschen stand das dahinter, und er hat gesagt: Das haben wir gestrichen. – Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass

sich eine Exekutive, eine Regierung nicht gerne mit Schlagzeilen auseinandersetzen möchte wie: Luxusapartments für Topkünstler in Toplagen.

Ich verstehe, dass Sie das nicht ertragen möchten, und deswegen richte ich meinen Appell an die mehrheitsbestimmenden Koalitionsparteien – denn Geld bewilligt ja das Parlament und weniger die Exekutive –, noch mal in sich zu gehen und die Frage zu prüfen, ob diese Wohnungen nicht ein wesentlicher, substantieller Qualitätsbestandteil dieser Sanierung sein könnten, denn es geht dabei ja auch um die Gewinnung von Topkräften für die Komische Oper. Und sie sind ja nicht nur ein Ausgabeposten, sondern man müsste seriöserweise eine Kosten-Nutzen-Analyse machen, denn wir wissen, dass bei der Gewinnung von durchreisenden Künstlern die Frage der Bezahlung der Unterbringung eine nicht unerhebliche ist. Das heißt, wenn hier Wohnungen gebaut werden, wird auf der anderen Seite auch Geld gespart, indem auf dem überhitzten Berliner Wohnungsmarkt nicht jeweils Apartments für eine bestimmte Zeit angemietet werden müssen. Ich bitte die Koalitionsfraktionen, mal in sich zu gehen. Erstens müsste man wirklich wissen, wie viel Nettoausgaben es nach einer Kosten-Nutzen-Analyse mehr wären, und: Wäre das nicht eine sinnvolle Ausgabe, um hier gute Arbeitsbedingungen für gute Leute zu schaffen? – Ganz herzlichen Dank!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Berg! – Herr Buchholz, bitte!

Daniel Buchholz (SPD): Kurz auf meinen Vorredner eingehend: Wir haben sogar schon Anträge dazu beschlossen, dass wir zum Beispiel gestapelte Nutzungen in der Stadt, wo der Raum und vor allem die Bodenfläche endlich sind, ganz bewusst voranbringen wollen. Das ist gar nicht die Frage. Ich glaube, hier ist es ein bisschen die Frage: Was passt sich in das Ensemble der anderen Gebäude ein? Was ist dort an Höhen vertretbar und was nicht? – So habe ich es bisher verstanden, denn grundsätzlich, wenn man ganz neu bauen würde, müsste man sich fragen: Was kann auf die Komische Oper noch obendrauf? Kann da noch ein Zehngeschosser drauf, in dem Leute wohnen können, Apartments für entsprechende Kulturschaffende und andere? – Das grundsätzlich dazu.

Ich habe noch eine Nachfrage zu der Antwort von Herrn Mackenrodt. Sie haben gesagt, durch das Versammeln der ersten Ausschreibung könnte ein Verfahrensschaden, nenne ich es mal, von bis zu 10 Millionen Euro entstanden sein. Haben Sie da jetzt einfach 200 000 Euro pro Büro angesetzt, oder wie kommen Sie auf diesen Wert? – Wenn Sie uns das noch mal kurz darlegen würden. Und dann natürlich an die Senatsbaudirektorin: Wie bewerten Sie das, was Herr Mackenrodt als Verfahrens- oder Planungsschaden in der ersten Stufe benannt hat? Sehen Sie das als realistisch an?

Eine Schlussbemerkung: Herr Mackenrodt hat gesagt, wir sollten viel offener dafür sein – das wollen wir auch gerne sein –, dass man am Anfang nicht alle Kosten abschätzen kann. Das ist völlig unstrittig. Gleichzeitig sind wir den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern gegenüber berichtspflichtig: Was stellen wir denn ein, was erwarten wir an Gesamtkosten für eine Sanierung der Komischen Oper? – Da kann ich nicht sagen: Wir wissen es nicht. – Dann ist da auch die Frage: Passt das überhaupt zu irgendwelchen Haushaltsansätzen? – In diesem Zwiespalt hängen wir da immer.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Buchholz! – Herr Wesener, bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Danke, Frau Vorsitzende! – Das passt ganz gut. Ich habe mich gemeldet, weil ich fand, dass diese Anhörung eine interessante Entwicklung betreffs der Kosten genommen hat. Zunächst einmal vielen Dank für die diversen informativen Einlassungen! Gerade auch im Kontrast zur Presseberichterstattung habe ich das Gefühl: Ja, das wird eine riesige Herausforderung, aber wir haben doch mehr Klarheit und können einen größeren Optimismus an den Tag legen als das, was sich in den vergangenen Wochen teilweise medial vermittelt hat. Das gilt für die Frage der eigentumsrechtlichen Implikationen – Grundstück Glinkastraße –, das gilt für die Frage des weiteren Wettbewerbs, und das gilt, ehrlich gesagt, auch hinsichtlich des Denkmalschutzes. Herr Dr. Rauhut, vielen Dank! Mitunter hatte man ja ob einiger Zeitungsberichte den Eindruck, es gehe gar nicht um ein funktionales Musiktheater, sondern es gehe um eine denkmalfachliche Maßnahme. Das haben Sie, glaube ich, hier ganz gut eingeordnet.

Was meine ich mit merkwürdiger Entwicklung? – Diese Tendenz, die ich hier heraushöre, zu sagen: Bei so einer Sanierung ist das Ziel der Weg –, davor kann ich nur warnen. Natürlich hat Frau Lüscher recht, und natürlich hat Herr Mackenrodt recht: Wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt nicht, was es kostet, und natürlich muss man das Ganze als Prozess begreifen. Aber hier im Raum einen Konsens darüber herzustellen, dass wir sagen, was wir alles wollen, und dann guckt man mal – dieser Konsens endet hier genau an der Tür. Wir haben in der I-Planung einen Ansatz von aktuell 307 Millionen Euro Gesamtkosten inklusive der baupreisindizierten Steigerungen. Die sind durch das eine Jahr, das wir verloren haben, jetzt schon

Makulatur. Da können Sie eigentlich noch mal 10 Millionen Euro draufrechnen, und das ist eine stolze Summe. Also zeigen wir mal unseren fachpolitischen Kollegen und Kolleginnen mal vergleichbare Maßnahmen, die finanziell so eine Größenordnung haben!

Die finanziellen Handlungsspielräume werden kleiner, auch investiv. Das haben wir doch in den Haushaltsberatungen gemerkt. Ich kann als Hauptausschussmitglied ganz deutlich sagen: Das wird keine Maßnahme, bei der am Ende das bezahlt wird, was es nun mal kostet. Das wird nicht die Staatsoper, wo man den Bund an Bord hatte und wusste: Um die Anhebung der Decke, um den Tunnel und so weiter kommen wir nicht mehr herum –, sondern, Frau Moser und Herr Dr. Rauhut, es wird so laufen, dass diese Kosten irgendwann gedeckelt werden, und dann geht es ans Bedarfsprogramm. Dann wird geguckt: Was muss abgeschichtet werden, damit man den Kostenrahmen hält?

Ich spitze mal zu: Dann werden wir diskutieren, ob Ihre Wünsche betreffs der Räumlichkeiten für eine moderne Vermittlungsarbeit dran glauben müssen oder ob die Wohnungen von Herrn Dr. Berg dran glauben müssen oder ob die kontrastierende Fassade von Herrn Dr. Rauhut dran glauben muss. – Ich sage das so deutlich, weil ich ungern aus diesem Saal gehen würde nach dem Motto: Ach, wie gut, das Gesamtkunstwerk nimmt langsam Gestalt an! –, und irgendwann kriegen wir eine Rechnung präsentiert, und die muss dann eben bezahlt werden, und alles, was wir uns gemeinsam, kulturfachlich und als Fans der Komischen Oper – auch von mir vielen Dank für die großartige Arbeit, die Sie leisten! – wünschen, wird Realität. – Nein, das wird nicht passieren. Da sollten wir uns ehrlich machen, und da wünsche ich mir von vornherein eine Priorisierung der Maßnahmen, seien es die musik- oder kulturfachlichen Bedarfe der Oper als Betreiber, sei es beim Denkmalschutz. Über alles andere, Herr Dr. Berg, können wir gerne diskutieren, aber das wird man alternativ diskutieren müssen, aber nicht on top. – Danke!

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Wesener! – Herr Taş!

Hakan Taş (LINKE): Frau Vorsitzende! – Frau Regina Kittler, meine Kollegin, hat in der ersten Runde Ihnen, Herr Mackenrodt, eine Frage gestellt, und diese Frage haben Sie bis jetzt noch nicht beantwortet. Vielleicht können Sie auf diese Frage in dieser Runde noch eingehen.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielleicht kann Frau Kittler die nicht beantwortete Frage freundlicherweise noch mal wiederholen.

Regina Kittler (LINKE): Ich hatte die Frage nach der Eigenverantwortung der Architektenkammer gestellt.

Vorsitzende Sabine Bangert: Okay! – Dieses Mal beginnen wir mit der Antwortrunde hier vorne. – Herr Senator Lederer, bitte!

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Wer glaubt, dass es bei der Staatsoper so war, dass, weil der Bund mit an Bord war, Geld keine Rolle spielte, irrt. Der Bund hat relativ schnell gesagt: Wir deckeln hier, fertig, aus. – Die Mehrkosten hat das Land Berlin getragen. Selbst wenn der Bund nicht mit an Bord gewesen wäre: Kostenverantwortlichkeit – deswegen langes Verhandeln über das Bedarfsprogramm – haben wir vom ersten Tag an den Tag gelegt, und das wird auch weiter so sein, so lange ich hier etwas zu melden habe. Es wird eine Zwischenphase geben, in der wir uns zusammensetzen werden müssen und vor dem Hinter-

grund der verfügbaren Planung des Wettbewerbs und dergleichen mehr auch darüber zu reden haben werden, welche Lösungen was kosten. Es wird nicht eingeteilt: Die erste Hälfte wird mal geplant, und in der zweiten Hälfte wird dann gebaut, und wir gucken, was am Ende zusammenkommt. – Das muss man relativ klar sagen. Also es ist auch nicht akzeptabel, denn so kommen in der Tat Kostensteigerungen, und das wird zu einer Self-fulfilling Prophecy. Man plant dann nämlich auch irgendwann so, als ob Geld keine Rolle spiele, und das können wir uns in der Tat nicht leisten. Ich will dazu auch noch mal sagen: Das ermöglichen im Übrigen sowohl das Verhandlungsverfahren als auch die Zwischenphase, in der VPU und dann auch Bauplanungsunterlagen erstellt werden, in der Tat noch mal. Wir werden, wenn, über Reduzierungen reden, und wir werden über schmalere Ausstattungen reden. Ja, das ist so.

Ich will aber auch Herrn Dr. Berg sagen: Bedarfsträger ist die Senatsverwaltung für Kultur und Europa, nicht das Parlament und nicht die AfD-Fraktion. Das heißt, wir verantworten das Verfahren gemeinsam mit unseren Partnerinnen und Partnern. Die Wohnungen sind nicht rausgenommen worden, weil wir etwas gegen Wohnungen in der Stadt haben – weiß Gott nicht! –, sondern die Wohnungen sind rausgenommen worden, weil – ich dachte, das wäre im Rahmen der Anhörung deutlich geworden – die Unterbringung der kulturfachlichen Bedarfe auf dem überschaubaren Raum, der uns hier zur Verfügung steht, einfach irgendwann die Frage aufwirft: Was machen wir, und auf was verzichten wir?

Da muss man bei den Bauvolumina natürlich auch die Frage stellen: Was ist ein Kostentreiber? – Und so eine Wohnung oder zwei oder drei wären ein Kostentreiber, zumal man die auch vernünftig betreuen muss. Diese Wohnungen müssen dann ja unterhalten werden und dergleichen mehr. Da ist es dann schon eine Abwägung, ob man an der Stelle erst mal davon ausgeht, dass Hotelzimmer für Künstlerinnen und Künstler, die für eine bestimmte Zeit hier sind, angemietet werden können und keine eigenen vorgehalten werden müssen. Es kann dann sein, dass das über 100, 150 oder 200 Jahre – wir wissen nicht, wie sich die Preise entwickeln – dann doch ein schlechtes Geschäft ist, aber erst mal planen wir keine Wohnungen, weil eine Oper heutzutage als Grundstandard erst einmal eine Oper ist und keine kombinierte Oper-Unterbringungseinrichtung, bei aller Liebe.

So fängt es nämlich übrigens an. Jetzt kommt hier noch ein Wunsch und da noch ein Wunsch, dann appellieren Sie an die Koalitionsfraktionen, dann appellieren wir noch an den, appellieren wir noch an jenen. Da, das garantiere ich Ihnen, reißen wir jeden Kostenrahmen. Das ist mir sozusagen die kleine Anbiederung an die Akteure, die ursprünglich mal Wohnungen geplant haben, echt nicht wert.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Dr. Lederer! – Ich habe auch noch eine Frage an Sie, Frau Lüscher, gehört.

Staatssekretärin Regula Lüscher (SenStadtWohn): Genau! – Herr Dr. Berg hat mich gefragt, ob wir die Architektenkammer so einbeziehen wie Bürger und Bürgerinnen. – Wir machen umfassende Bürgerbeteiligungsverfahren, das wissen Sie, aber natürlich ist die Kammer eine spezielle Institution, und natürlich war die Kammer eingebunden. Die Kammer hat auch beide Verfahren gestempelt, und das ist das Ende einer Einbindung.

Noch ein Wort zum Thema Planungsschaden; danach hat Herr Buchholz gefragt. Da kann ich sagen: Das ist Spekulation. Es liegt nichts vor, das kann man nicht beurteilen. An Spekulationen beteilige ich mich nicht. – [Zuruf: Weil Zeit verloren wurde?] – Nein, es war die Frage

des Planungsschadens in Bezug auf Architekten, die bei uns Planungsschäden quasi – – Das war ja die Frage. Also da kann ich nur sagen: Spekulation!

Im Übrigen als Antwort auf das, was Herr Wesener gesagt hat: Ich bin überhaupt nicht misszuverstehen, dass ich glaube, am Schluss kostet es dann das, was es kostet, sondern ich habe ausdrücklich betont, dass der Unterschied zur Staatsoper ist, dass wir als Bauverwaltung hier einen Bedarfsträger haben, der steuert, und einen Nutzer, der sich bewusst ist, dass er dieses Projekt mit Augenmaß begleiten muss. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied, weil eine Bauverwaltung diesen Teil der Steuerung, die der Bedarfsträger machen muss, und die Einschätzung, was kulturpolitisch opportun ist – und das Gespräch mit Ihnen als Kulturpolitiker führen –, nicht leisten kann. Ich kann nur noch mal sagen: Das hat sich verändert, und das ist auch gut so.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Frau Lüscher! – Herr Dr. Rauhut, an Sie habe ich keine Frage gehört – nur, dass die Fassade eventuell zur Disposition steht, wenn alles zur Disposition steht. – [Heiterkeit] – Frau Moser, ich habe auch keine Frage an Sie gehört. – Herr Mackenrodt, an Sie wurden noch Fragen gestellt. – Bitte schön!

Michael Mackenrodt (Vorstandsmitglied der Berliner Architektenkammer): Ich habe drei Fragen gehört. Herr Buchholz hat gefragt, wie wir auf die Schadenshöhe gekommen sind. Wir haben nach dem Abbruch des ersten Verfahrens einen Honorargutachter bestellt und haben ein Honorargutachten machen lassen, haben uns dann aber, weil das mit einem zweistelligen Millionenbetrag – über 10 Millionen Euro – endete, entschieden, dass wir das nicht verteilen. Die Darlegung mit den Stunden war eigentlich nur für Sie, damit Sie nachvollziehen können, dass, wenn 50 Büros über drei Monate arbeiten, da pro Büro einfach sehr viel Arbeitsaufwand reinfließt.

Als Hintergrundinformation – vielleicht ist das nicht bekannt, muss man ja auch wissen –: Wettbewerbe sind nicht bezahlt, also diese 50 Büros. Zum Teil wird die Preissumme auch als Bearbeitungspauschale rausgegeben, aber der Grundsatz ist, dass ein Wettbewerb immer behandelt wird, als würde man nur ein Büro für eine Vorplanung beauftragen. Diese Vorplanung, was sich da ermittelt, wird dann praktisch ausgeschüttet, in der Regel in Preisen, zum Teil in Bearbeitungspauschalen. Warum machen die Büros das eigentlich mit? – Das ist das Planungsversprechen, was dahintersteht. So ist unser Berufsstand eben strukturiert. 49 Büros werden leer ausgehen, und eines erhält den Auftrag. Man muss einfach wissen, dass sich die Büros dort stark in Vorleistung bringen, in diesen Wettbewerb einbringen. Ich finde das nach wie vor gut, weil es das beste Mittel ist. Damit muss man gewissenhaft umgehen. Es ist etwas anderes, als wenn ich etwas Bezahltes bestelle und dann nicht abhole, 50 Büros über drei Monate arbeiten zu lassen und dann zu sagen: Reicht es nicht ein, wir wollen das nicht sehen. – Da entsteht halt die Schadenshöhe.

Die zweite Frage war die nach der Einbeziehung der Architektenkammer, auch mit Bezug auf die Eigenverantwortung der AKB. Das würde ich am liebsten ganz schlicht sagen: Zur Beratung gehören immer zwei. Wir wurden nicht informiert – die Rüge muss ja ganz am Anfang, im August, September letzten Jahres gewesen sein –, dass eine Rüge eingereicht wurde. Wir waren erst Ende November, als das Verfahren abgebrochen wurde, informiert. Eigentlich wäre es notwendig gewesen, dass die Verwaltung auf uns zukommt und fragt: Hört mal zu, da ist eine Rüge eingegangen, wie gehen wir vor? – Wir können nur beraten, wenn man uns mitteilt und fragt.

Ich lege Wert darauf, dass unser gesetzlicher Auftrag aus dem ABKG extra heißt, dass sich unsere Mitwirkung auf die Beratung „vor, während und nach“ dem Verfahren bezieht. Nachdem das Verfahren abgebrochen wurde, wahrscheinlich wegen des drohenden Schadensersatzes im Hintergrund, hatten wir auch den Eindruck, da besteht ein Kommunikationsstopp, denn letztendlich haben wir nur einen Entwurf gekriegt, und bevor wir den prüfen und registrieren konnten, war er schon veröffentlicht. Tut uns leid! Zur Beratung gehört eigentlich ein Miteinander, wenn man es mal so sagt. Wir können es einfordern – das tun wir auch –, aber wenn wir nicht mitbekommen, dass zum Beispiel eine Rüge eingegangen ist, wie sollen wir da beraten können?

Ich will nur einen Satz zu der Diskussion um die Kosten sagen, weil ich die dummerweise vorhin angestoßen habe. Bitte nicht falsch verstehen! Das heißt nicht: Plant mal ins Blaue, und koste es, was es wolle! – Ich wollte nur dafür sensibilisieren, dass Kostensicherheit in der Praxis am besten damit zu erlangen ist, dass man es als ständigen Stellschraubenprozess begreift: Nicht aus dem Blick geben, immer dran bleiben, immer nachkontrollieren! – Was man dabei auch verstehen muss, ist, dass man am Anfang natürlich am meisten bewilligen kann – Raumprogramm, Wünsche, aber auch zum Beispiel das Konzept durch einen Planungswettbewerb. Da sehe ich ja den Entwurf, da kann ich auch dumme Entwürfe – zum Beispiel die, die in den Felsen eine Tiefgarage bauen wollten – ausscheiden, weil ich weiß, dass das absichtlich teuer wird. Ein Planungswettbewerb dient unseres Erachtens der Kostensicherheit. So ist meines Erachtens erst mal alles gut gemacht. Ich wollte aber auch nicht sagen: Plant ins Blaue, und die Kosten interessieren nicht! – Man muss aber dranbleiben.

Vorsitzende Sabine Bangert: Vielen Dank, Herr Mackenrodt! – Ihnen allen, Frau Moser, Herr Bröking, Herr Köckritz und Herr Mackenrodt, ganz herzlichen Dank, dass Sie da waren! Vielen herzlichen Dank auch an Frau Lüscher und Herrn Dr. Rauhut, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben! – Ich denke, wir werden die Sanierungsmaßnahme hier im Kulturausschuss eng begleiten, das wurde ja schon angekündigt. Ich wünsche Ihnen einen schönen Resttag! – Wir werden den Tagesordnungspunkt 2 a) bis zur Vorlage des Wortprotokolls vertagen. Die Besprechung zu Punkt 2 b) können wir abschließen.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Rundfunkorchester und -chöre GmbH (ROC)
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0111](#)
Kult

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 4. Juni 2018

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

**Die Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz – zu den
Plänen der Intendanz für den Theaterbetrieb ab
Spielzeit 18/19**

(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0114](#)

Kult

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 8. Oktober 2018

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.